

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis Nr. 223.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 924.

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Inhalt des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 10, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 50 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile (oder deren Raum 15 Pfg., für vierzeilige, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223. Mittwoch den 24. September 1902. 9. Jahrgang.

Sterben eine Beilage.

Die rote Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, 19. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

In der Debatte über die Reichstagswahlen wünscht Weller-Wiesbaden, daß der Parteivorstand Vorkehrungen dafür ergreife, daß im Wahlkampf geeignete agitatorische Kräfte in alle Reichstagswahlkreise gelangt werden. Das Zentrum möchte nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom Standpunkt des Kampfes gegen die Kirche bekämpft werden. Die Grundlage des kirchlichen Glaubens muß bei den katholischen Arbeitern noch mehr als bei den evangelischen erst erschüttert werden, ehe sie für die sozialistischen Lehren empfänglich werden. Für die dumpfgläubige Bevölkerung ist das Bestehen der Sozialdemokratie an sich schon eine Aufklärung gegen die göttliche Ordnung. Zielbewußt muß daher die Untergrabung des kirchlichen Glaubens gesorgt werden. (Auf: Schluß mit dem Unfug. Singer erhebt, derartige Zwischenrufe zu unterlassen.) Redner bittet um Annahme einer Resolution, welche die religiöse Aufklärungsarbeit besonders in den Wahlkreisen, wo das Zentrum dominiert, fordert. (Die Resolution findet keine genügende Unterstützung.)

Geyer-Weipzig: Die Verhandlungen der Zolltariffkommission bieten das allerbeste Agitationsmaterial gegen das Zentrum. (Sehr richtig!) Die Konservativen werden sicher mit dem Zentrum ein Kompromiß abschließen und sie werden sich auf die Regierungsvorlage zurückziehen. Der neue Beschluß des Zentrums, es bei den Beschlüssen der ersten Kommissionen zu belassen, ist nicht unbedenklich. Ich bin überzeugt, daß er nicht aufrecht erhalten werden wird. Zu einem Konflikt zwischen Regierung und Zentrum wird es ebensowenig kommen, wie zu einer Reichstagsauflösung, die Bebel als möglich bezeichnete. Auch die Konservativen werden sich nicht auf die extremen Forderungen der Agrarier à la Hahn festlegen lassen. Selten hat sich die materielle Interessengemeinschaft der bürgerlichen Parteien so gezeigt, wie in der Zolltariffkommission. Wir müssen jedenfalls alle Register in der Agitation ziehen, damit der Entwurf so schnell als möglich zu Fall kommt. (Bravo!)

Hengsbach-Köln: Ich freue mich, daß sich für die Resolution Weller nur zwei Stimmen erhoben haben; wir müssen den Punkt 7 unseres Programms: Religion ist Privatsache, ernst nehmen und die Gegner werden aus der Stellungnahme des Parteitagesschiedes erkennen, daß dem in der That so ist. (Sehr gut!) Der Kampf gegen das Zentrum ist gewiß nicht so einfach, es hat in seiner ganzen Kapazität eine Flotte begabter Agitatoren. Wir dürfen auch nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß das Zentrum am Zolltariff zu Grunde gehen werde; die christlichen Arbeiter werden wir schwer gewinnen, das hat die Wahl in Duisburg wieder gezeigt. Mit der Agitation und dem Ausbau der Organisation muß sofort begonnen werden. Die Wahrung des Genossen Bebel, sich nicht zu sehr auf die Zentralhauptkassie zu stützen, war sehr am Platze.

Kittler-Heilbronn: Auch ich möchte entschieden abzurufen, den Boden zu betreten, den uns der Genosse Weller angethan hat. Wir haben Waffen gegen das Zentrum genug, und brauchen nicht die Religionsfrage in den Vordergrund zu stellen.

Frau Berlin-Stuttgart: Der Kampf wird im Zeichen des Zollwuchers stehen. Bebel hat das meisterlich angedeutet. Es hieße 12 000 Mark in den Klingelbeutel des Großen Kolonadoms legen, wollte ich diese Ausführungen noch etwas hinzufügen. Die Arbeiter wollen mit dem Zolltariff nicht nur die Taschen füllen, sondern ihren Einfluß, ihre politische Macht stärken. Die Bourgeoisie legt dem Zentrum kaum einen nennenswerten Widerstand entgegen. Herr Siemens hat die Frage gestellt: Ist die Erhöhung der Getreidezölle notwendig, um die Junkerklasse zu erhalten?, diese Frage aber nicht klipp und klar mit einem Nein beantwortet. Damit hat er schon Verstand am arbeitenden Volk gebracht. Dem Freisinn fehlt es an Kraft, das Junkertum politisch zu exporprobiten. Er verzichtet auf den energiegelassen Kampf gegen das Junkertum, weil er sich dieses Junkertums als politischer Hausrecht gegen das Proletariat bedienen will. Deshalb muß das Proletariat sich bei den Stichwahlen die Vertreter des Bürgerthums recht genau ansehen, ehe es ihnen seine Stimme giebt. Rednerin stellt den Antrag, daß dem „Vorwärts“ alle gegnerischen Flugblätter zugesandt werden, daß sie dort Entgegnungen finden, damit die Genossen im Lande diese Abwehrartikel benutzen können. (Bravo.)

Lehender-Göhr: Die früheren Parteitage haben die Macht des Zentrums verkannt. (Widerspruch.) Jetzt müssen wir alles thun, um die Waffen gegen das Zentrum zu schärfen. Unsere Presse muß uns mehr Waffen für den Kampf liefern. Es müssen in aussichtsreiche Wahlkreise tüchtige Agitatoren gesandt werden.

v. Bollmar-München: Ich möchte ein Wort sagen zu der Frage, die von Weller angeregt ist. Weller will da ansetzen, wo wir vor 25 Jahren aufgehört haben. (Sehr richtig.) So traurig das an sich ist, so hat es doch dem Parteitag Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß die Gegner uns verleumben, wenn sie behaupten, diese Ausführungen entsprächen dem Parteiprogramm. Wenn Sie dem Zentrum einen sehr großen Gefallen thun wollen, dann lassen Sie sich auf den religiösen Kampf ein. (Sehr richtig.) Gerade das religiöse Thema ist stets die letzte Bastion der Zentrumagitatoren in den Versammlungen. (Sehr richtig!) Die Herren Freireligiösen mögen ihre Kulturkampfsplanen und Plänen freier in ihren freireligiösen Gemeinden treiben, in unserem wirtschaftlichen und politischen Kampf müssen sie uns nicht föhren.

Leider hat auch die Parteipresse in dieser Beziehung im letzten Jahre manches gefündigt. Ich erinnere nur an die bekannten losjünglichen Broschüren, die ein Ausfluß des allerberühmtesten Antiklerikalismus sind. (Sehr richtig!) Diese Kampfart widerspricht dem Parteiprogrammstandpunkt: Religion ist Privatsache. Wir müssen in religiöser Beziehung jedem Parteigenossen volle Meinungsfreiheit gewähren, da sonst ein Kampf Aller gegen Alle in der Partei entleeren würde. Wir haben also volle Neutralität zu üben gegenüber jeder religiösen Auffassung, soweit sie Herzenssache ist. Dagegen können wir sehr wohl gegen das Zentrum anstreben, insoweit es die Religion zu wirtschaftlichen und politischen Unterdrückungsmitteln benützt. Jeder Parteigenosse aber, der in der Agitation nicht genau weiß, wie weit er in dieser Beziehung zu gehen hat, möge sich mögliche Zurückhaltung auferlegen. (Leb. Beifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Krohn-Konstanz schließt sich den Ausführungen Bollmars an. Das Material gegen das Zentrum ist reich, es muß aber gesammelt werden und den Agitatoren zur Verfügung gestellt werden. Bei den Stichwahlen sind wir in eigentümlicher Situation. Wir bürgerlichen Sozialdemokraten stimmen nicht für das Zentrum; durch Wahlenthaltung können wir aber dem Zentrum zum Siege verhelfen und auch das wollen wir nicht. Wir können also in die Lage kommen, gegen einen Zentrumsmann einen Nationalliberalen unterstützen zu müssen.

Ledebour-Berlin: In einer Zeit der Dekadenz mindert sich die Intelligenz der regierenden Kreise. Dumm, aber stark ist das Ministerideal gewisser Leute. Bis jetzt ist dieses Ideal nur theilweise erreicht worden. (Heiterkeit.) Sie werden doch zugedenken, daß Minister, die fortwährend fürchten, mit dem Laufeskanal vor den Bach zu geraten zu werden, zu den starken Männern nicht gehören (Große Heiterkeit) Entschuldigen Sie, daß ich das rohe Wort gebraucht habe. (Sehr gut!) Die Situation ist günstig für uns, aber wir dürfen uns nicht lau machen lassen. Ich fürchte jetzt weniger wie früher, daß solche Flaummacher bei uns Boden gewinnen könnten. Heute kann keiner mehr kommen und sagen: Die Billergregung Karlsruhs ist nicht der schlechteste Streich gewesen. Heute kann niemand mehr uns das Beispiel der englischen Chartistenbewegung zur Nachahmung empfehlen. Wenn einer mit solchen Dingen käme, das Hohngelächter der Genossen würde ihn begraben. Wir wissen, daß nur mit der schärfsten Opposition gegen die bürgerlichen Parteien, getreu unseren revolutionären Maximen, etwas erreicht werden kann. Es sind nicht die Auseinandersetzungen aus den letzten Parteitagen gewesen, die mich betraßt haben, sondern es war die Furcht, die Arbeiter könnten sich wirklich lau machen lassen. (Widerspruch.) Das ist allfälligerweise nicht der Fall gewesen. Die ganze Flaumcherei ist glücklicherweise überwunden. (Bravo!)

Adolf Hoffmann-Berlin: Bollmar sprach von „streitreligiösen Anschauungen“ und warf Alles in einen Topf, was überhaupt mit Freireligiosität zusammenhängt. Ich verweise bei ihm die genügende Toleranz unserem freireligiösen Standpunkt gegenüber. (Widerspruch.) Religion ist nicht Privatsache, sondern sie soll Privatsache werden, und in dieser Beziehung sollte man die Arbeit der Freireligiösen anerkennen.

Weller-Wiesbaden: Das geringe Interesse, das meiner Resolution entgegengebracht wurde, steht nicht im Einklang mit den Anschauungen großer Kreise innerhalb der Partei. Bebel hat in seiner Broschüre: „Christentum und Sozialismus“ das Wort geschrieben: „Täuscht nicht Alles, so beginnt das 20. Jahrhundert wieder mit einem Kampf gegen Kirche und Dogma und gegen das herrschende Priestertum. Die immer weiter in die Masse dringenden Resultate der Naturwissenschaften, Sichtsicherschreibung und die Erkenntnis der ökonomischen Thatsachen, die allen religiösen Lehren Hohn sprechen, bereiten den Boden für diesen Kampf.“ Ein Kampf in diesem Sinne verfehlt nicht gegen das Parteiprogramm. Die Religion ist noch nicht Privatsache, wir wollen sie erst zur Privatsache machen. Dazu genügt es nicht, daß wir die Trennung von Kirche und Staat propagieren, sondern wir müssen uns anständig an die Glieder der Kirche selbst wenden. Wir müssen ihnen klar machen, daß sie in ihrer Jugend vergewaltigt werden durch Bloßfug, Prekariat und Beichtstuhl, und daß sie ihre Kinder in verlebten Bünde vergewaltigen, wenn sie dieselben in einem Alter, wo sie noch nicht selbst verteidigen können, für ein bestimmtes Bekenntnis verpflichten. (Andauerndes Lachen.) Redner schließt mit dem Ruf: Eccease l'infame! (Heiterkeit und Unruhe.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. v. Bollmar (persönlich): Wir ist es nicht eingezogen, die freireligiöse Festimmung anzugehen, wie Adolf Hoffmann meinte. Ich lasse Jedem die Freiheit, seine religiöse Anschauung zu vertreten, nur nicht innerhalb der Partei. (Sehr richtig!)

Das Schlußwort erhält Bebel: Genosse Krohn hat an mich die Anfrage gestellt, ob in der Stichwahl, falls ein Nationalliberal gegen einen Zentrumsmann steht, für den ersteren gestimmt werden könne. Ich halte das für ausgeschlossen, da es heute nicht zu erwarten ist, daß ein Nationalliberal sich auf die in meiner Resolution festgelegten Forderungen verpflichtet. Noch einige Worte gegen Weller. Ich hätte nicht geglaubt, daß die angeführten Worte in meiner Broschüre so mißverstanden werden könnten. Weller hat geschlossen mit dem bekannten Wort Voltaires: Eccease l'infame! Das wäre ja schön, wenn das der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei wäre, das hieße nichts Anderes, als uns wieder in einen Kulturkampf über die kirchlichen Dogmen einzulassen. (Sehr richtig!) Daß das dem klaren Wortlaut des Programms widerspricht, ist zweifellos. Das Programm verlangt Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke. Das ist unsere klare und deutliche politische Stellungnahme gegenüber jeder Vermengung von Kirchengewalt und Staatsgewalt. Ich bitte den Genossen Weller dringend, daß er diese Worte beherzigt und nicht draußen in der Agitation in denselben Fehler verfällt, wie hier. Sollte er etwa als Kandidat in einem Wahlkreise gegen das Zentrum aufgestellt

*) Eccease l'infame ist ein Wort des französischen Philosophen Voltaires und heißt wörtlich übersetzt: Rette die Ehre aus! Ergänztes ist dazu: Die katholische Kirche. Red.

sein, so würde er sicher mit einer derartigen Agitation absolut nichts erreichen. (Sehr richtig!)

In der Abstimmung wird hierauf die Resolution Bebel einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag Bebel angenommen, gegnerische Flugblätter an den „Vorwärts“ einzuschicken, damit sie dort bekämpft werden.

Damit ist der Punkt Reichstagswahlen erledigt. Hierauf wird die von der gewählten Redaktionskommission bearbeitete Resolution Wolfenbüchters zum Punkt Arbeiterversicherung in folgender Fassung angenommen:

Die Versicherungsgeetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenlasten vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenerfolg zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Verbesserung allgemeiner Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung der Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallversicherung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu befehlen; voller Schadenerfolg der Verletzten und deren Hinterbliebenen;
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald gegen das Ende der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens 6 Wochen vom Tage nach der Entbindung an;
8. Organisation des Arbeitsmarktes;
9. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung.

Es kommen hierauf die folgenden zum Organisationsrat ge-

stellten Anträge zur Verhandlung: Parteigenosse Friedrich Külle in Nürnberg beantragt: Im Organisationsrat der Sozialdemokratischen Partei ist im § 2 der Satz anzufügen: „Gegen Parteigenossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschlossen wurden, ist der Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu stellen.“

Der Kreisrat des Kreisverbandes Duerfurther Wahlkreises beantragt: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als Sozialdemokraten eine gegnerische Zeitung redigieren und in dieselbe Artikel aufnehmen, die die sozialdemokratische Partei mit Schmach beehren, aus der Partei auszuschließen sind.

Die Parteigenossen des zweiten Hamburger Wahlkreises beantragen: Auf dem Parteitag sind nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegierten stimmberechtigt.

Parteigenosse Fr. Faust-Wiesbaden beantragt: Hat die große Mehrheit der Parteigenossen in einem Wahlkreise, zum Zwecke des engeren Zusammenschlusses und zur Entfaltung einer kraftvolleren Agitation als Zentralorganisation einen „Kreis-Abholverein“ gegründet, so sind die übrigen Parteigenossen verpflichtet, dieser einheitlichen Organisation beizutreten. Derartige Wahlvereine werden neben der Zentralorganisation im gleichen Wahlkreise nicht anerkannt, dieselben haben umgehend ihren Beitritt zur Zentralorganisation zu bewirken. Der jeweilige erste Vorsitzende eines Kreiswahlvereins ist Kreis-Vertrauensmann. An Stelle der Kreisversammlung tritt die Generalsammlung des Kreiswahlvereins.

Frau Biele-Hamburg beantragt, der Parteitag möge erklären: Durch das Organisationsstatut, welches der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, wird in keiner Weise das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht berührt, zur Verbreitung einer einheitlichen und auch planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eine Vertrauensperson zu wählen.

v. Bollmar-München wendet sich gegen den Antrag Külle, der in Nürnberg keine Organisation hat. Er spricht im Interesse der aus der Landesorganisation ausgeschlossenen. Diese könnten nach einer Zeit der Ruhe ev. wieder aufgenommen werden. Das Beste wäre, keinen Beschluß zu fassen, die Sache vielmehr in der Schwebe zu lassen.

Direktor schließt sich den Ausführungen Bollmars an. Parteisekretär Pfannkuch hält es nicht für angängig, das die Nürnberger ausgeschlossenen Parteigenossen in Bayern Parteigenossen zweiter Güte, im übrigen Deutschland aber Parteigenossen mit allen Rechten sind. Wer in Bayern nicht wählbar ist, Parteigenosse zu sein, kann es auch im übrigen Deutschland nicht sein.

Timm-München hält eine Entscheidung für notwendig. Bollmar hat es mit den betroffenen Genossen gut gemeint, aber die Konsequenzen sind unglücklich. Er bitte, den Antrag Külle abzulehnen, und der Parteivorstand möge ausprechen, daß nach dem allgemeinen deutschen Organisationsstatut auch in den einzelnen Landesorganisationen verfahren werden möge.

Nach längerer Diskussion, in der von Parteivorstandsmitgliedern der Wunsch ausgesprochen wurde, keine definitive Entscheidung in der Sache zu fassen, wird der Antrag Külle abgelehnt und ein Antrag Gerich angenommen, der eine Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts in Anregung gebracht hatte.

Pflorin-Beil: Ich bin gebeten worden, den Antrag von Merleburg zu verteidigen, der auf den Fall des Dr. Verthold Bezug nimmt, kann Sie aber nur bitten, den Antrag abzulehnen (Große Heiterkeit). Der Fall Verthold ist im Parteivorstand geprüft worden, und hätte er so geübt, wie der Antrag aus-

To wäre Berthold jedenfalls ausgeschloffen worden. Das war aber nicht der Fall.

Gerlich-Berlin schließt sich dem Vorredner an. Der Antrag reumt offene Thüren ein. Im Falle Berthold ist das Schiedsgericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei Berücksichtigung aller Umstände von einer Einsetzung Bertholds nicht die Rede sein könne. Berthold ist ganz einzigartig (Heiterkeit), einen zweiten Berthold dürfte es kaum geben. Das Schiedsgericht hat sich auf den schärfsten Tadel beschränkt, der möglich war.

Der Antrag Herzberg wird hierauf abgelehnt. Paul Hoffmann-Hamburg II begründet den Antrag seines Wahlkreises. Innerlich bin ich von seiner Wichtigkeit nicht einmal überzeugt. (Große Heiterkeit.) Ich halte es nicht für schlimm, wenn auch einige Senoffen, die nicht den Anforderungen des Antrages entsprechen, stimmen. Aber ich mußte den Antrag doch begründen. (Heiterkeit.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich halte die Sache doch für erster, als der Vorredner. Das Stimmrecht auf dem Parteitag sollte einmal einer Revision unterworfen werden. Auf diesem Parteitag sind 12 Kreise mit drei Delegierten vertreten. Darunter befinden sich Orte wie: Berlin, Leipzig, Straßburg, Chemnitz, Zeltow-Beestow und -Nossenheim. (Heiterkeit.) Ich bin ja sehr überzeugt, daß die Senoffen Ely Braun, die auch von Nossenheim delegiert ist, nicht aus lebenswürdiger Freundschaft das Mandat erhalten hat, sondern jedenfalls wegen ihrer Verdienste um die Landwirtschaft. (Heiterkeit.) Anders kann ich es nicht verstehen. Mich freut es sogar. Es beweist zum Mindesten, daß wir Norddeutschen Unrecht haben, zu behaupten, die Bayern seien preusseneindlich, sie holen sich ja sogar ihre Delegierten aus Preußen. (Große Heiterkeit.) Es ist aber Thatsache, daß Leute mit Mandat am Parteitag kommen, von deren Existenz wir vorher kaum etwas erfahren haben, die wohl die Ehre der Vertretung, aber nicht die Lasten der Arbeit übernehmen wollen. (Unruhe.) Wenn ein Kreis mit 2000 Stimmen ebenfalls Delegierte haben kann, wie ein Kreis mit 58 000 Stimmen, so zeigt das doch, daß die Frage des Stimmrechts auf dem Parteitag einer Revision unterzogen werden muß.

Der ar d - Hamburg erklärt, daß der Antrag Hamburg II sich gegen ihn richte, der als Vertreter des vom Parteivorstand reorganisirten Parteigeschäfts auf dem Parteitag zugelassen sei. Er bitte, den Antrag abzulehnen. Da seine Geschäftsführung der Kritik unterliege, müsse er sich auch verantworten können und auch Stimmrecht haben.

Gerlich: Der Antrag Hamburg II würde nicht nur die Geschäftsführer der Parteigeschäfte, sondern überhaupt die Abgeordneten, die Kontrolleure, ja sogar den Parteivorstand vom Parteitag ausschließen. Die kleinen Ungleichheiten, die mit unterlaufen können, geben keinen Anlaß zu grundlegenden Änderungen.

v. Kollmar-München: Dem Senoffen Hoffmann Berlin scheint es unerwünscht erschienen zu sein, daß der Wahlkreis Rosenheim von seinem formalen Recht Gebrauch machte, drei Delegierte zu senden. Er hat auch tatsächlich das Recht dazu, denn er ist einer unserer größten und besten altpreussischen Wahlkreise. Das scheint es dem Senoffen Hoffmann nicht gefallen zu haben, daß von Rosenheim Franz Ely Braun hergeschickt ist. (Hoffmann ruft: Im Gegensatz!) Na, das kann man ja. (Heiterkeit.) Er hat sich gewundert, daß die Bayern Preußen als Delegierte hergeschickt. Es kommt darauf an, wer es ist. (Heiterkeit.) Ob die Bayern gerade dem Senoffen Hoffmann hergeschickt würden, ist mir sehr zweifelhaft. (Gr. Heiterkeit.) Senoffen Braun war kürzlich Monate im Wahlkreis Rosenheim gewesen, hat mehrere Vorträge gehalten und diese haben dem Rosenheimer Senoffen so gut gefallen, daß sie sie delegiert haben. Wenn Hoffmann etwas weiß, daß es beim Rosenheimer Mandat nicht richtig zugegangen ist, so möge er es sagen, sonst schweigt er besser. (Sehr richtig! Hoffmann ruft: Das ist unerhört!)

Kranke-Chemnitz: Daß der Kreis Chemnitz 3 Delegierte entsende, was Hoffmann-Berlin bemängelt, war durchaus berechtigt. Jedenfalls habe ich noch nicht bemerkt, daß einer dieser Delegierten den Parteitag mit unzulässigen Reden aufgehalten hätte. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Paul Hoffmann-Hamburg II konstatirt, daß sich der Hamburger Antrag nicht gegen die Abgeordneten wende.

Der Antrag Hamburg II wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag Fr. Janu-Breschden wird, als nicht zur Kompetenz des Parteitages gehörig, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Antrag Erfart wird als durch frühere Beschlußfassung erledigt erklärt.

Frau Biech-Hamburg begründet ihren Antrag. Sie wissen, daß der Kaiser Parteitag nach Aufhebung des Verbindungsverbots eine Reorganisation der Partei vorgenommen hatte. Es wurde damals bestimmt, daß alle Arbeit, die früher von Zentralkommissionen geleistet war, jetzt in die politischen Vereine zu legen sei. Ja Hamburg war was von der Meinung, daß, da die Frauen in die politischen Vereine eintraten können, sie eine besondere Organisation durch Betrauungspersonen nicht einrichten dürften. Man hat sich zwar in Hamburg geeinigt, ich bitte Sie aber, die Frage prinzipiell dahin zu entscheiden, daß die Frauen im Interesse der Theilung der Arbeit auf jeden Fall berechtigt sind, zur Vertretung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den politisch aktiven Frauen eigene Betrauungspersonen zu wählen, wie es unter Reorganisationen verfahren.

Hier werden die Verhandlungen abgebrochen.

Hoffmann-Berlin (persönlich): Soklar hat mich völlig unglücklich gemacht, wenn er glaubt, ich hätte dem Wahlkreis Rosenheim das Recht bestritten wollen, drei Delegierte oder solche, die ihm passen, herzuschicken. Das habe ich nicht gethan und Soklar hätte gar nicht nötig, mich zur Festhalte seiner billigen Weise zu mahnen. Daß ich Recht hatte, beweist die Annahme meines Antrages. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Sonnabend halb 9 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Pistole auf die Brust. Um die Regierung zu zwingen, den Reichstagsparteien des Reichstages weitere Zugeständnisse in Zollverhältnissen zu machen, schlägt die „Post“, aufweisend aus der Feder des Abg. v. Reiblich, vor, in dem nächsten Etat das gesamte Defizit durch Erhöhung der Matrikularumlage zu decken. Dann würden die Regierungen einsehen, daß sie durch weitere Erhöhung des Rückzahlzoll auf Getreide und auf Weizen für den Ankauf der Matrikularumlage sorgen müßten. — Diese gewaltsame Erpressungsmethode möchten wir den Reichstagsparteien allen Ernstes dringend empfehlen. Sie würden dadurch wenigstens erreichen, daß den Einzelregierungen in Sachen des Militarismus und Marinebaus das Gewissen etwas geklärt würde.

Recht Charakteristisch ist der Beschluß, den die konservative Reichstagsfraktion am Sonnabend in Sachen der weiteren Behandlung des Zolltarifs gefaßt hat. Nach der „Kreuzzeitung“ beschloß die Fraktion:

Die konservative Partei ist nach wie vor für den Fortschritt des ansehnlichen Schatzes der gemeinsamen nationaler Arbeit. Daher ist: 1. die Zolltarifver-

lage der verbündeten Regierungen nicht annehmbar. 2. Nach die Beschlässe der ersten Lesung der Kommission berechneten die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft nicht genügend. An der Bindung der Getreide- und Viehzölle ist unbedingt festzuhalten. 3. Falls die Forderungen der Landwirtschaft nicht eine wesentliche weitergehende Berücksichtigung finden, ist eine namhafte Herabsetzung der Indus-

Mit anderen Worten: Wenn es nun einmal nicht anders geht, wollen wir die Agrarzölle des Entwurfes annehmen, aber nur unter der Bedingung, daß die Industriezölle „namhaft“ herabgesetzt werden. Der Kampf um den Zolltarif in der zweiten Lesung und im Plenum wird sich danach zu einem recht interessanten Schauspiel gestalten; es wird ein Kampf Aller gegen Alle werden, bei dem hoffentlich am Ende nichts herauskommt.

Der nächste Fehlbetrag. Wie der offiziösen „Münd. Allg. Btg.“ aus Berlin gemeldet wird, ist man in Bundesrathskreisen geneigt, den Fehlbetrag im nächstjährigen Reichshaushaltetat auf gut 150 Millionen Mark zu schätzen. — „Gut 150 Millionen“ ist gut gesagt. Es werden also noch einige hinzu kommen. Es wird immer schöner im Deutschen Reich.

Das neue Millionenopfer für den Militarismus. Das schon seit mehreren Jahren die Regierung und den Reichstag beschäftigende Pensionsgesetz soll, wie der „Sachsen-Spiegel“ mittheilt, nunmehr in der kommenden Session dem Reichstag vorgelegt werden. Während nach dem alten Gesetz der Offizier nach zehnjähriger Dienstzeit mit $\frac{1}{100}$ oder $\frac{1}{4}$ seines pensionsfähigen Einkommens beginnt, nach 40jähriger Dienstzeit den Höchstzulagegehalt mit $\frac{4}{100}$ oder $\frac{3}{4}$ seines Einkommens erreicht, soll er nach dem neuen Gesetz nach 10 Jahren schon $\frac{1}{100}$ oder $\frac{1}{2}$ seines Einkommens (!) erhalten, von Jahr zu Jahr um $\frac{1}{100}$ steigend, so daß er nach 35 Jahren die Höchstzulage, also $\frac{25}{100}$ oder $\frac{1}{4}$ seines Gehaltes bezieht. Dieses neue Gesetz soll für alle die Offiziere Gültigkeit haben, die nach dem 1. April 1903 pensionirt werden und für die Veteranen gelten, die infolge der Feldzüge einen Schaden erlitten haben. — Wenn man die Veteranen angemessen entschädigt, die in einem Feldzuge zu Schaden gekommen sind, so läßt sich darüber reden. Unter den pensionirten Offizieren aber giebt es viele Personen im besten und tüchtigsten Mannesalter, die sich durchaus einer guten Gesundheit erfreuen.

Die Banater Schwaben halten jetzt Versammlungen ab, in denen sie für ihre Kinder den Religionsunterricht in der deutschen Muttersprache fordern. Die habsburgischen Blätter finden das ganz gerechtfertigt, und frohgemuth schreibt das „Leipz. Tageblatt“: „Da hört man die Schwaben, die lange in nationaler Beziehung zu schlafen schienen, erwachen.“ — Wenn also Deutsche den Unterricht in ihrer Muttersprache fordern, ist das gerechtfertigt, anders aber bei den Polen. Merken denn diese Leute nicht, wie sehr sie durch dieses zweierlei Maß die von ihnen sonst vertretene Polenpolitik diskreditiren? Es ist ein deutsches Sprichwort, das da sagt: Was Du nicht willst, das man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu!

Dr. Schäbler und das 100 000 Mark-Telegramm des Kaisers. Sonntag fand in Tantenhausen unter freiem Himmel die 49. General-Versammlung des bayerischen patriotischen Bauernbundes statt. Reichstags-Abgeordneter Dr. Schäbler kam dabei in seiner Rede auf das Kaiser-Telegramm in der 100 000 Mark-Affäre zu sprechen. Er verwahrte sich ganz entschieden gegen eine solche Einmischung in die internen bayerischen Angelegenheiten. Wenn sich jemand auf den öffentlichen Markt des politischen Lebens begiebt, dann dürfe er auch nicht einen besonderen Schutz für sich in Anspruch nehmen. Das bayerische Zentrum werde die Antwort nicht schuldig bleiben. Als Mitglied des Reichstages und des bayerischen Landtages weise er das Verhalten der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit zurück. Er wüßte sich darin eins mit den sämtlichen Mitgliedern der Partei im Reich. — Große Worte und nichts dahinter! Die „Antwort“ des Zentrums kennt man schon: bei der nächsten Militär- oder Marinevorlage knickt es zusammen.

Die Zolltarifkommission des Reichstages hat Montag Mittag die zweite Lesung der Zolltarifvorlage begonnen. Es wurde zunächst beschlossen, gemäß den Vorschlägen der Subkommission, die Generaldebatte abschnittsweise zu führen und nur über solche Einzelzolltarifnummern zu verhandeln, die im Voraus zur Erörterung ausgewählt sein werden. Welche das sind, soll der weiteren Beschlußfassung vorbehalten bleiben. Ferner wurde beschlossen, über die ersten 72 Positionen, welche die Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Viehwirtschaften betreffen, eine besondere Generaldebatte zu veranstalten. Hierzu hatte der Abg. Freiherr v. Wangenheim die Anträge des Bundes der Landwirthe, die schon in erster Lesung abgelehnt worden sind, wieder eingebracht. Dr. Bachmiche beantragte, für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Reis und Bari es bei den bestehenden Zollhöhen zu belassen. Stadthagen hielt jedoch eine längere Rede gegen die die Getreidezölle. In derselben erklärte Stadthagen sich gegen jeden Zoll auf landwirtschaftliche Produkte. Vortheil hätten von dem Getreidezoll nur allein die Großgrundbesitzer, Schonen sowohl die Kleinbauern wie die gesammten Konsumenten. Die Erhöhung der Getreidezölle bedeute weiter nichts als die Einführung der Hörigkeit. Man wolle auf der einen Seite den Großgrundbesitzern die Lajchen fallen, auf der anderen Seite nur Sklaven haben. Wer für die Erhöhung der Brodzoölle einträte, beschwöre die Möglichkeit eines Bürgerkriegs herauf. Zwischen dem Vorliegenden Antrag und dem Redner kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, als der Vorsitzende den Versuch machte, Stadthagen zu unterbrechen. Der Zentrumsabg. Heim bedauerte die Anträge Wangenheims aufs lebhafteste. Er stehe auf dem Boden des 6 Mark-Zolles für alle Getreidearten. Zu weiteren Verläufe der Sitzung nahm alsdann Graf Pobjadowsky Namens der Regierung das Wort. Er wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Wangenheim'schen Zollforderungen, denen keine Regierung je zustimmen werde, und erklärte im Ubrigen, daß die Regierung an ihren bisherigen Erklärungen durchaus nichts zu ändern und er zu wiederholten Malen Anlaß habe. Kommt der neue Zolltarif nicht zustande, so stirbt der alte in

Kraft, aber die Situation sei dann für den Abschluß von Handelsverträgen außerordentlich ungünstig. Nachdem noch Müller-Sagan sich dahin ausgesprochen hatte, daß die bestehenden Getreidezölle die höchste Grenze der möglichen Höhe bereits erreichten, erfolgte Schluß in der Besprechung dieses Abschnittes, und die Kommission trat in die Einzelberatung ein. Zu Pos. 10 und 161 (unpolirtes und polirtes Reis) nach den Beschlüssen erster Lesung je 4 Mark beantragt Spahn Wiederherstellung der Vorlage, d. h. also bei Pos. 10 4 Mark und bei Pos. 161 Erhöhung auf 6 Mark. Mollenbühr empfiehlt Zollfreiheit, da es sich hier um einen Finanzzoll handele, der auf ein wichtiges Nahrungsmittel gelegt werden solle. Der Antrag Spahn wurde hierauf angenommen. Es folgte die Diskussion über Pos. 23 (Kartoffeln), die indessen noch nicht zu Ende geführt wurde. Um 6 Uhr wurde die Verhandlung vertagt, nachdem noch beschlossen war, Sitzungen von 9 bis 3 Uhr abgehalten. Jeder zweite Montag und jeder Sonnabend wird sittingsfrei bleiben. Bei freiem Montag soll Freitag nur bis 12 Uhr Sitzung abgehalten werden.

Die Postofreiheit, die bisher einzelnen Behörden für Postsendungen gewährt war, für welche der Reichspost eine bestimmte Pauschalsumme zugestanden ist, soll, wie nach der „Kreuzzeitung“ verlautet, demnächst fallen. Es heißt, daß den Behörden besondere Marken von der Postverwaltung zum Verkauf gestellt werden sollen, da sich so eine bessere Uebersicht über die behördlichen Postsendungen darbiete. Die einkommenden Schritte zu dieser Umänderung sollen bereits geschehen sein.

Die Gesellschaft für soziale Reform, eine Verleppungs-Gründung, hält zur Zeit ihre Generalversammlung in Wien ab. Bei der Eröffnung der ersten Sitzung theilte der Minister v. Berlepsch mit, daß die Kölner Polizeibehörde die Abhaltung des vorerwähnten Referates über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und Erhöhung des Schutzes für jugendliche Arbeiter in Fabriken durch Fräulein Helene Simon aus Berlin verboten habe, weil es gesetzlich unzulässig sei, daß Frauen in politischen Vereinen reden. Dem Verbot werde man sich fügen müssen; es sei indessen unbedingt erforderlich, daß man gegen derartige gesetzliche Bestimmungen ankämpfe, um sie zu Fall zu bringen. Die von tausend Personen besuchte Versammlung nahm eine scharfe Protestresolution gegen die Fleischverbrennung an; sie erwidert die Regierung, unter Anwendung genügender sanitärer Maßnahmen, baldigt die Grenzsperrre aufzuheben.

Kleine politische Nachrichten. Die badische Regierung beantragt beim Bundesrath die Errichtung von zwei gemischten Militär-Trainsillagern für Bau- und Rüstzölle. — Der Hauptjahresabschluß der Stadthauptkasse von Berlin ist fertiggestellt und schließt mit einem Ueberschuß, wie in den letzten Jahren, mit einem Fehlbetrag von rund 86 000 Mark ab, während der vorletzte Abschluß für das Etatsjahr 1900 noch mit einem Ueberschuß von 6 882 502 Mk. abschloß und auch die früheren Jahre Ueberschüsse von 6 bis 12 Millionen Mark gebracht hatten. — Stadtrath Kaufmann hat nunmehr definitiv auf die Rechte und Wahl zum zweiten Bürgermeister von Berlin verzichtet und dies dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langenhan schriftlich mitgetheilt. Der Berliner Kommunalreferent wird ausfallen, daß das Bürgermeisteramt ein solches Ende genommen hat! — Der Vorsteher des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Hader Obermeister Bernar von Berlin, hat plötzlich sein Amt niedergelegt. Hoffentlich erklärt man etwas von den Gründen, welche ihn dazu bewogen haben. — Bei den letzten antisemitischen Kravallen in Czestochowa sind 155 Geschäfte zerstört worden. Der Schaden wird auf zwei Millionen Rubel geschätzt. — Vom Kriegsschauplatz in Venezuela wird aus Willemstad gemeldet, daß Präsident Castro mit 3600 Mann sich in Valencia mit General Garrido, der 2500 Mann beschießt, vereinigt hat. Die Artillerie der vereinigten Truppen besteht aus 12 Feldgeschützen. Castro und Garrido sind nach Cuchipito abmarschirt, um die Aufständischen unter Mendoza anzugreifen. — Der Vorgesand in der Provinz Szechwan ist nach dem „Standard“ noch nicht unterdrückt. Die Gebände der China-Jaland-Pfision in Reischon sind zerstört worden. Verlust an Menschenleben ist nicht zu bezweifeln. Die Vorgesand sind jetzt in den Städten Tanten, Hingyu und Kiating.

Oesterreich-Ungarn.

Nachwehen der Agrarer Krawalle. Am Sonnabend wurde vor dem Ugramer Gericht in dem Prozeß gegen Blasewicz und Senoffen das Urtheil gefällt. Von elf Angeklagten wurden zehn freigesprochen, darunter der als „Räufelwähler“ genannte Blasewicz, und ein Angeklagter wegen Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt meldete die Wichtigkeitsbeschwerde an. Die Angeeschuldigten blieben weiter in Haft.

Frankreich.

Der gerüffelte Marineminister. Die jüngsten rednerischen Entgleisungen des Marineministers Pelletan und Kriegeministers Andree haben den Ministerpräsidenten Combes nicht schlafen lassen. Wohl ist ihm durch die italienische Regierung versichert worden, sie lege der Rede, die Pelletan in Ajaccio gehalten hat, bezw. seiner Aeußerung, daß die Ostküste Korsika's Italien mitten ins Herz ziele, keinerlei Bedeutung bei, aber Combes hat doch gemeint, in voller Deffentlichkeit seinem ungeschickten Kollegen die nötige Sektion ertheilen zu müssen. Die Form, die er dazu gewählt hat, kann von Pelletan nicht als kränkend empfunden werden, denn Combes hat ihn sogar in Schutz genommen, daß die politischen Gegner des Kabinetts den Versuch gemacht hätten, seinen „Inprovisationen“ eine die Politik des Kabinetts diskreditirende Bedeutung zu geben, aber diese Instruktion Pelletans ist doch gleichzeitig eine derbe Ohrfeige für ihn. Auch Andre, der Sabelträger, hat Anlaß, die Aeußerungen des Ministerpräsidenten als Ausdruck höchsten Aergers des verantwortlichen Leiters der französischen Politik über seine bekannten Rodomontaden anzusehen. Es war bei einem Festmahle, das die republikanischen Wähler Sonntag in der Charente Inferieure, und zwar in der Ortschaft Matza abhielten. Combes führte den Vortritt, und die Banaltreue, die er zu halten hatte, gab ihm Gelegenheit, sein übervolles Herz auszusprechen. Er wies zunächst auf den Sieg der Demokratie bei den letzten Wahlen hin und besprach sodann die Ordenfrage. Er betont, daß das

Nebereinkommen mit dem Papste die Richtschnur der religiösen Politik des Kabinetts sei, welches die Absicht habe, dasselbe zu achten und ihm auch Achtung seitens Anderer zu verschaffen. Dies werde das Kabinett sogleich beim Wiederzutritt der Kammern beweisen. Es heiße nicht das Konkordat verletzen, wenn man die Kongregationen gesetzlich regelt, die außerhalb des Konkordats entstanden seien und ausschließlich der Zivilgewalt, unter Ausschluss jeder fremden Einmischung, unterstehen. Doch die Vertheidigung der inneren Politik des Ministeriums war es nicht, bei der Combes lange verweilte. Die Hauptsache war ihm die Stellungnahme zu Bissetan's und Andree's Reden. Darüber ließ er sich wie folgt aus:

Entschlüpft ein ein wenig sensationelles Wort den Lippen eines Ministers im Feuer der Improvisation, in der warmen mittheilenden Stimmung eines Vortrags, hat es auch in dem Geiste dessen, der es ausspricht, nur den Werth einer stilistischen Ausschmückung, eines rechnerischen Witzes — gleich wird es für die Betende des Kabinetts zu einem Worte der Regierung selbst. Als Präsident des Ministerraths protestiere ich gegen derartige Vorgänge. Niemandem kann es unbekannt sein, daß unter dem parlamentarischen Regime die Regierung niemals durch individuelle Erklärungen eines Ministers gebunden wird. Sie wird nur gebunden durch die Erklärungen des Chefs der Regierung, der allein vor den Kammern und dem Lande für die der Politik ertheilte Richtung verantwortlich ist. Jeder Minister für sich ist nur zuständig und maßgebend für die Verwaltung seines Ressorts. An vielen Grundzügen, der das Wesen der parlamentarischen Regierungsform bildet, erinnern, heißt den von den Gegnern erhobenen Anspruch auf seinen wahren Werth zurückzuführen, daß ganze Ministerium auf einen Satz geschaulagen, der mehr oder weniger ungenau durch irgend einen Berichtsfasser wiedergegeben ist. In Angelegenheiten der inneren Politik kann nur der Präsident des Ministerraths als Organ der Regierung haftbar gemacht werden; in Angelegenheiten der äußeren Politik hat nur der Minister des Aeußeren die Aufgabe, im Namen der Regierung zu sprechen und zu handeln.

Die Rede des Ministerpräsidenten wird vorläufig nur von den kirchlichen und nationalistischen Pariser Blättern besprochen, die zu dem Schlusse kommen, daß der Rücktritt Bissetan's, und wohl auch Andree's, dadurch notwendig geworden sei.

Nachwahl. Im Wahlbezirk Libourne (Departement Giroude) wurde der Nationalist Josef Brissou, dessen Wahl von der Kammer annullirt war, mit einer Mehrheit von 450 Stimmen wiedergewählt.

England.

Was die englischen Kolonien geben sollen, um das gesammte Reich des Union Jack wehrhaft zu machen, verrät ein Telegramm aus Sidney. Sir Barton, der Premierminister des australischen Bundes hat den Regierungen der verschiedenen australischen Staaten Einzelheiten über seine jüngste Unterredung mit Chamberlain mitgeteilt. Danach soll der australische Bund sich mit 200 bis 250 000 Pfd. Sterling an den Kriegsausgaben beteiligen, Neu-Seeland mit ca. 40 000 bis 50 000 Pfd. Sterling, die Kapkolonie mit ca. 60 000 Pfd., Natal mit 40 000 Pfd. Der Vertrag soll für eine Dauer von 6 Jahren abgeschlossen werden. — Das ist eine respektable Kriegsteuer.

Spanien.

Das spanisch-französische Bündnis ist, wie der „Voss. Ztg.“ aus San Sebastian mitgeteilt wird, eine vollzogene Tatsache. Die Grundlagen seien beiderseits gutgeheißen, doch noch nicht veröffentlicht worden. Die halbamtliche Korrespondenz glaubt, die Veröffentlichung stehe nahe bevor.

Portugal.

Ein neuer portugiesischer Freundschaftsdienst für England wird gemeldet. Das „Reutersche Bureau“ erfährt aus Johannesburg vom 20. September, daß der Hafen von Mozambique, zwei Meilen von Lourenco Marques entfernt, infolge von jüngst gepflogenen Unterhandlungen an England verpachtet worden sei. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis die ganze Delagoabai in englischen Händen ist?

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 23. September.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Unsere auswärtigen Zeitungs-korrespondenten werden ersucht, die Postquittungen zwecks Abrechnung baldigst an uns einzusenden.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Die Bürgerschaft hielt Montag abends eine Sitzung ab, nachdem man in der vorhergehenden kaum mit der Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung fertig geworden war. Diesmal arbeitete die Bürgerschaft so schnell, daß sie bereits nach 3 1/2stündiger Beratung die sehr zahlreichen (14) Senatsanträge aufgearbeitet hatte. Der erste Senatsantrag: „Erwerb zweier Erbpächterstellen in Albstelle für den Staat“ wurde nach kurzer Debatte, in welcher viel von der Erhaltung des Bauernstandes die Rede war, angenommen; so weit aber der Senatsantrag die zu erwerbenden Erbpächterstellen zur Arrondierung des Nachhofes verwendet wissen wollte, wurde er einer Kommission überwiesen, in welche später gewählt wurden: Brösch-Harmsdorf, Landrichter Dr. Neumann, Ehlers-Behlendorf, Lauenstein-Schönböden und Dohberstein (Erstämmer: Jenne und Heise). Die Senatsanträge 2 („Gewährung des Enteignungsrechtes an das Finanzdepartement bezüglich einiger zur Ablagerung der überschüssigen Erdmassen bei dem Eisenbahnbau erforderlichen Privatgrundstücke in der Vorstadt St. Jürgen“), 2 (Nachträgliche Genehmigung von Landwerb in Siems für den Staat) und 4 (Quittung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung im Rechnungsjahr 1900) wurden debattelos angenommen. Bei dem folgenden Senatsantrage (Ausgleichung der Abrechnung der Oberschulbehörde für das Rechnungsjahr 1901) kam es zu einer unwesentlichen Debatte dadurch, daß B.-M. Hauptlehrer Hempe l rügte, daß die Schulen, die in der Nähe der Badeanstalten liegen während der Schulzeit statt des Turnens Unterricht im Schwimmen erhalten. Da das Unterrichts-Gesetz keinen Schwimmunterricht vorsehe, sei dies Verfahren ungesetzlich. Gegen diese Anschauung wandte sich, und wie uns

dünkt mit Recht, Kommerzienrath Scharff. Ferner wurde bei der Beratung dieses Senatsantrages seitens Stenders das lebhafteste Bedauern über den Fortgang des Direktors Jenjen von der Baugewerkschule ausgesprochen. Der Senatskommissar Dr. Eichenburg theilte mit, daß die Oberschulbehörde alles mögliche versucht habe, um Jenjen hier zu halten; indessen sei alle Mühe umsonst gewesen. Der 6. Senatsantrag betraf neu anzulegende Radfahrwege. Nach längerer Debatte wurde der Antrag unverändert angenommen. Ohne wesentliche Beratung wurden zu meist die weiteren Senatsanträge: 7) Feststellung der im Rechnungsjahre 1902 in den Vorstädten annoch auszuführenden Wegearbeiten; 8) Verlängerung der Hafenstraße bis zum Nordende des Schuppens Nr. 24; 9) Gehaltsverhöhung für den leitenden Art der Irrenanstalt; 10) Gewährung des Enteignungsrechtes an das Finanzdepartement bezüglich zweier zur Erdablagerung bei den Bahnbauten erforderlichen, der Kommanditgesellschaft Brocher u. Co. gehörigen Wiesengrundstücke in Vorwerk; 11) Verweigerung der Lehrerinnenstellen an der Ernestineenschule; 12) Vermehrung der Schuhmannschaft; 13) Verlängerung der durch den Rath- und Bürger-Schluß vom 20. Dezember 1897 in Anlaß der beschlossenen Errichtung eines Riterkandabildes Kaiser Wilhelms I. eingeleiteten gemeinsamen Kommission und 14) Landaustausch auf der Falkeninsel mit dem Bauunternehmer Zünemann und Abänderung des Bauungsplanes der Falkeninsel — angenommen. Schließlich wurde von der Bürgerschaft der Kommissionsbericht betreffend Preisverhöhung des elektrischen Kraftstromes von 2 auf 2 1/2 Pf. für die Hectowattstunde entgegengenommen. Unter Ablehnung des Senatsantrages wurde der Antrag der Kommission angenommen. — Wir werden über diese Versammlung noch ausführlicher berichten, sobald der Abdruck des Berichtes vom sozialdemokratischen Parteitage beendet ist.

Ein schwerer Unglücksfall trug sich Montag Vormittag auf dem schwebischen Dampfer „Gustaf Wasa“ zu, der zur Zeit im hiesigen Hafen liegt. Beim Löschen der Ladung brach ein Winkschbaum und die zwei Zentner schwere Last hernieder, wobei sie dem Matrosen Carlsson so schwer traf, daß er mittelst Sanitätswagens sofort dem Krankenhause zugeführt werden mußte.

Arbeiterriktio. Der Arbeiter Bruhn verunglückte am Montag im Betriebe der Firma Gohsman u. Jürgenß dadurch, daß ihm einige Bretter auf den Kopf fielen. B. mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben, damit die Wunde genächt werden konnte.

Der Spar- und Vorschußverein hat, wie er im Infanzentheil der vorliegenden Nummer bekannt giebt, zur Bequemlichkeit für das Publikum nach dem Muster größerer Städte in den Vorstädten fünf Annahmestellen errichtet, um den Einlegern Gelegenheit zu geben, ihre Ersparnisse auch dann noch zur Bank zu schaffen, wenn das Bureau der Väteren bereits geschlossen ist.

Aus dem Gerichtssaal. Die Dienstmagd H. aus Giebichenstein stahl ihrer Herrin 20 Mark. Die Strafammer verurtheilte dafür am Montag die H., die auswärts eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren verbüßt, in eine Zusatzstrafe von 6 Monaten. — Wegen Betrugsversuchs hatte sich der Producentenhandwerker R. aus Rensfeld zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, die Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft dadurch zu schädigen versucht zu haben, daß er seine Mobilien reichlich hoch versichert hatte und dann, als bei ihm am 14. Februar ds. Js. ein Feuer ausbrach, eine Entschädigungssumme gefordert zu haben, die in keinem Verhältnis zu dem wirklich erlittenen Schaden stand. Während der Staatsanwalt nach eingehender Beweisaufnahme gegen den bereits zweimal wegen Diebstahls verurtheilten Angeklagten 3 Monate Gefängniß beantragte, sprach das Gericht ihn wegen mangelnder Beweise kostenlos frei. — Wegen Entwendung von Phonographenwalzen aus einer Wirtschaft wurde der Kommissar R. aus Plensburg zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Selbstmord oder Unglücksfall? Aus Cuxhaven wird gemeldet: Sonntag Mittag bemerkten Badegäste nicht weit vom Strande bei Kugelbaake eine Leiche im Meer schwimmen. Hinzugerufene Soldaten der Matrosenartillerie brachten die Leiche auf's Trockne. Nach den bei der Leiche vorgefundenen Papieren ist der Ertrunkene ein Architekt a. u. s. Lübeck, Namens Wiswe, und 25 Jahre alt. In den Taschen fand man eine goldene Uhr und ein Portemonnaie mit 20 Pfg. Inhalt. Allen Anzeichen nach muß die Leiche schon Wochen lang im Wasser getrieben haben.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug Montag 12 Grad Celsius.

pb. Fahrraddiebstahl. Von der Hinterdiele eines Hauses am Klingenberg wurden gestern Abend zwei Fahrräder gestohlen. Das eine Fahrrad, Marke „Brennabor“, hatte die Polizeinummer 462, der Rahmenbau und auch die Räder waren schwarz. Das zweite Fahrrad, Marke „Styria“, trug die Polizeinummer 3144, der Rahmenbau war schwarz, die Räder hell.

pb. Diebstahl und Unterschlagung. Gegen einen hiesigen Kommissar, der ihm anvertrautes Geld für sich verbrauchte und sich auch aus dem Geschäft Waaren aneignete, wurde seitens seines Chefs Anzeige wegen Unterschlagung und Diebstahls, erstattet. Derselbe wurde wegen Fluchtverdachts festgenommen.

pb. Unterschlagung. Ein Schlachtergeselle, welcher seinem Prinzipal, einem Viehhändler, 648 Mk. unterschlug, wurde zur Anzeige gebracht.

Fackenburg. Einen herben Verlust hat in der Verfloßenen Woche das Ehepaar Fackelbusch in Ravensbusch erlitten, indem es seine drei Kinder im Alter von 1, 3 und 4 Jahren zu Grabe tragen mußte. Die Frau liegt gleichfalls noch krank darnieder. Fackelbusch ist Barbier und hat sich erst im Juli hier niedergelassen. Man kann sich lebhaft vorstellen, daß soviel Unglück auf einmal die Familie in eine recht traurige Lage gebracht hat.

Stoddersdorf. Eine Parteilichung findet am Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Paeten statt. Ganz besonders sind die Genossen von Fackenburg und Kori dazu eingeladen.

Schwartau. Ein Beitrag zur Landflucht der Arbeiter. Der Hofbesitzer Schulze in Alt-Ruppersdorf wollte jüngst die Frau des bei ihm bediensteten Arbeiters Braasch, welche erst vor wenigen Wochen eine Entbindung durchgemacht hat, zwingen, einen halbbeladenen Wagen zu bestiegen, um denselben voll zu

laden. Da es aber der kleinen, noch dazu sehr schwächlichen Frau nicht möglich war, diese Arbeit zu verrichten, so wandte sich der Hofbesitzer an den Chemann Braasch, damit er seine Frau dazu anhalte. Als Braasch ein derartiges Ansuchen energisch ablehnte, kam er jedoch schon an. Der Hofbesitzer Schulte verfiel sich im Laufe der Verhandlungen sogar soweit, daß er Braasch Prügel anbot; schließlich aber machte er kurzen Prozeß und jagte ihn aus der Arbeit. — Derartige Fälle, wie derjenige, der Braasch betroffen hat, sind auf dem Lande leider nicht selten. Und dann wundern sich noch immer die Grundbesitzer, daß ihnen die Arbeiter ausrücken! Auch der landwirtschaftliche Arbeiter hat ein Recht auf anständige Behandlung.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Verein „Volksgefundung“ in Hamburg, jene Vereinigung von Verkäufers und Milchhändlern, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Stadtbewohner mit gesunder Milch zu versorgen, hat sich aufgelöst, da es sich herausgestellt, daß der theure Betrieb nicht die nötige Gegenliebe bei der Bevölkerung gefunden hat. — Von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde am Sonntag Nachmittag 3 Uhr in der Steinstraße in Hamburg der dreijährige Knabe Nikolaus Rehn, der unter einen Wagen der Zentralbahn gerieth. Man requirirte die Feuerwehre, doch hatte man den schwer verletzten Knaben bereits unter dem Wagen herausgezogen, als diese eintraf. Der Verunglückte hatte einen schweren Schädelbruch erlitten, an dem er alsbald im Krankenhause, wohin man ihn gebracht, verstarb. — Das deutsche Schiff „Zooland“, beheimathet in Husum, ist während eines Sturmes in der Nordsee mit der ganzen Besatzung untergegangen. — Der Hafendampfer der Neuen Dampfer-Kompagnie „Hobbelsk“ gerieth Sonntag Abend im Kriegshafen von Kiel mit einem Motorboot vom russischen Kreuzer „Isford“ in Kollision. Das Motorboot, das von der Stadt kam, wurde an Backbordseite am Achterschiff getroffen. In dem stark bemanteten Fahrzeug des russischen Kreuzers entstand eine Panik und viele russische Matrosen sprangen über Bord; dieselben konnten aber gleich gerettet werden. Die Pinaige wurde auf den Strand gesetzt. — Auf dem Gute „Nielerhof“ bei Kiel hat ein Feuer das Herrenhaus, die Kieerei und eine Scheune mit Centrovorräthen vernichtet. — Einen sonderbaren Scherz erlaubte sich ein Schlachtergeselle in Bremerhaven. Derselbe ging durch die Fahrstraße, auf der Schulter eine schwere Fleischermulde tragend, in welcher sich aber nicht etwa Würste und saftige Braten befanden, sondern ein sinnlos betrunkenen Mensch, wie man ihn als Bierleiche zu bezeichnen pflegt. Die Polizei konnte dem Ulf keinen rechten Geschmack abgewinnen und notirte den Schlachter wegen Unfugs.

Kostock. An unmäßigem Genuß von Obst gestorben. Die verschiedenen Obstsorten werden mit Recht als Genuß- und Nahrungsmittel geschätzt und nicht minder ist die hygienische Bedeutung des Obstgenusses anerkannt. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß wie jeder unvernünftige Gebrauch irgend eines werthvollen Heilmittels auch der unmäßige Genuß von Obst dem menschlichen Organismus schwere Gefahren bereiten kann. Wie notwendig es oft ist, Kinder, die ja bekanntlich durchweg gern Obst essen, vor dem unmäßigen Genuß stark saurer oder gar unreifer Früchte zu warnen, lehrt folgender, von uns der „S. Z.“ entnommener Vorfall: Die fünfjährige Tochter eines Arbeiters in dem zum Dominikant Gütrok gehörigen Dorfe Büttow war plötzlich erkrankt. Der herbeigerufene Arzt erklärte, daß das Kind zu viel Obst gegessen habe und deshalb in Lebensgefahr schwebte. Noch am demselben Abend starb das Kind.

Bant. Die Wahl der Wahlmänner zur Wahl der Landtagsabgeordneten ist nun im ganzen Großherzogthum vorüber. Die Theilnahme war im Großen und Ganzen eine schwache, doch immerhin eine stärkere, als in den früheren Jahren. Es steht zu erwarten, daß bei späteren Wahlen der Wahlkampf auch bei den Landtagswahlen ein intensiverer werden wird. In Bant und in Wepens ging am Sonnabend ebenso wie in der Gemeinde Neuenende am Freitag die von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee aufgestellte Liste glatt durch. Eine gegnerische Liste war in den genannten drei Orten nicht aufgestellt. In Neuenende übten von 395 Wahlberechtigten 138 ihr Wahlrecht aus, die auf unsere Wahlmänner 132 bis 134 Stimmen abgaben. In Wepens stimmten von 358 Wahlberechtigten 248 überhaupt und von diesen 245 bis 247 für die sozialdemokratische Liste. In Bant erhielt letztere 602 bis 608 Stimmen von 609 Wahlberechtigten, die ihr Stimmrecht ausübten. Wahlberechtigt waren überhaupt hier 919 Personen. Eine ganz erfreuliche Mittheilung kommt dann aus Delmenhorst. Es wurden sozialdemokratische Wahlmänner gewählt in Delmenhorst 33, in Sanderssee 12, in Warsteth 2 und in Warbewisch 1. Der ganze Wahlkreis Delmenhorst zählt 105 Wahlmänner, so daß unseren Genossen dort nur fünf Wahlmänner an der absoluten Majorität fehlen. Hoffentlich wird es unseren Genossen dort gelingen, durch Kompromiß einen oder zwei Abgeordnete durchzubringen. Die Wahl hat also ein für unsere Partei wider Erwarten gutes Ergebnis gehabt. Mühe das Resultat ein Ansporn sein, auf dem betretenen Wege weiter zu arbeiten, nicht aber die Hände in den Schoß zu legen.

Letzte Nachrichten.

Brieg. Familiendrama. Die Gastwirthsrau Lobe aus Rathen hat sich mit ihren beiden Kindern in die Ober gefürstete Alle drei ertränkt. Ursache der schrecklichen That sind Familienzwistigkeiten.

Sirschberg i. Schl. Nachlose Attentate wurden dem „S. Z.“ zufolge auf der Bahnstrecke zwischen den Stationen Mittelriederhan und Schreiberhan verübt. Um die Personenzüge zum Entgleiten zu bringen, sind wiederholt große Steine bis zu 1/2 Zentner Gewicht auf die Schienen gelegt worden.

Stettin. Ein Großfeuer zerstörte Sonnabend Abend die Schulische Schiffsverft auf der „Grünen Fläche“ bei Schwane. Nur die Rottorräume und die Viehhalle wurden gerettet.

Berlin. Aus der besten aller Welten. Am Morgen wurde im Thiergarten ein junger Mann, seiner Papieren nach ein Apothekerehrling aus Friedland, halb erfrost aufgefunden. Er war gänzlich mittellos und wird wohl aus Er schöpfung zusammengebrochen sein.

Volksdam. Ein registriertes, aber noch nicht lokalirtes Erdbeben. Montag Morgen wurde an der zur Beobachtung und Registrierung von Erdbeben im Geodätischen Institut auf dem Geographenberg aufgestellten Instrumenten ein sehr starkes Erdbeben beobachtet. Die erste Erschütterung des

Bobens traf, dem „Fateilig-M.“ zufolge, in Potsdam 8 Uhr 1,06 Min. ein und erst gegen 8 Uhr hatten sich die Instrumente wieder beruhigt. Der Ursprung des Erdbebens ist noch unbekannt, jedoch dürfte die Entfernung 10 000 Kilometer überliegen.

Leipzig. Wegen fortgesetzter Wechselfälschung und Betrug in mehreren Fällen verurtheilte die Strafkammer in Freiberg den Fabrikbesitzer G. Gieseler aus Leipzig-Blagow, Theilhaber der Firma „Sächsische Dynamitwerke Rudol.“, zu 8 Jahren Zuchthaus und 7 Jahren Ehrverlust.

Freiberg i. S. Durch die Unvorsichtigkeit eines Soldaten ist hier ein schweres Unglück verurteilt worden. Als am Sonntag ein Gefreiter des gegenwärtig hier einquartierten 28. Feldartillerie-Regiments verschiedenen Verlesungen ein Schuß und die Ladung derselben erlöste und dabei eine Handverwundung in das Gesicht erlitt, entsetzt sich plötzlich das letztere. Ein Mädchen wurde in die Brust getroffen und sofort getödtet, mehrere andere Kinder wurden theils schwer, theils leichter verletzt.

Offen a. N. Drama auf der Eisenbahn. Der Agent Emil Leventhal gab in der Nacht zum Montag auf der Strecke Oberndorf-Opfarn im Zuge auf sich zwei Revolverkugeln ab, danach stürzte er sich auf das Gleis, wo er von einem vorbeifahrenden Zuge zermalmt wurde.

Stockholm. Starker Schneefall ist in Pajala (Nordschweden) eingetreten. Das Getreide in den Lappmarken ist überall ertrorren, und es herrscht große Besorgniß, daß eine Hungersnoth eintreten könnte.

Petersburg. Folien schwere Explosion. Auf der Wabimischen Brauereibauerei bei Wladiwostok erfolgte eine gewaltige Explosion, bei der 10 Personen ihr Leben verloren. Die Katastrophe ereignete sich in einem Spirituskeller durch Auslösen eines Streichholzes.

Brüssel. Fünf Kinder verschüttet. Sonnabend Abend stürzte in Brüssel eine Mauer ein, wodurch 5 Kinder verschüttet wurden; sie wurden sämtlich als Leichen hervorgezogen. Vier der Kinder waren Geschwister.

Paris. Nord. Im Seebade Etretat wurde der Börsenmakler Lucien David, als er mit seiner Frau am Strande prome-

nirte, von dem Pariser Porträtmaler Eyndon durch mehrere Revolverkugeln getödtet. Die Motive zu der That sind bisher nicht bekannt geworden. Eyndon, der mit dem Davids eng befreundet war, hat sich der Behörde selbst gestellt.

Chamonix. Bei einer Befestigung des Mont-Blanc kürzten zwei französische Touristen eine Gletscherpalte ab. Man befürchtet, daß auch der Führer und der Träger umgekommen sind.

Alexandria. Die Cholera-Epidemie in Aegypten scheint nachzulassen, denn sowohl die Zahl der Krankheitsfälle als auch die Heftigkeit der Krankheit hat nach den neuesten Nachrichten abgenommen.

Alabaha. Die Pest in der Meereskirche zu Birmingham (Alabama) hat noch weit mehr Opfer gefordert, als die erste Meldung vermuthen ließ. Nach den letzten Nachrichten sind insgesamt 115 Personen getödtet worden. Ein neuer Ausbruch der Soufriere auf St. Vincent erfolgte Sonntag Nacht. Aus dem Vulkan schlugen unter Donnergetöse, aber ohne Asche oder Lava, hohe Flammen hervor.

Statt besonderer Meldung.
Montag Vormittag entschloss plötzlich und unerwartet meine innigstgeliebte Frau
Dora Leonhardt
geb. Bruhn
im 30. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, ihrem Vater und allen Angehörigen
August Leonhardt.
Asmus Bruhn.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 25. September, Mittags 1 Uhr in Jarpen statt. Aufnahme von der Elmwigstr. 6a, 10 Uhr.

Zwei schön möblirte Zimmer
zu sofort oder später zu vermieten.
Adlerstraße 33d.

Zu vermieten
eine Zweizimmer-Wohnung billig.
Haf. Bülowstraße 10, part. (Burgthor).

Ein freundl. Zimmer nach vorne
zu vermieten
Schützenstraße 21a, II.

Zu vermieten zum 1. October eine kleine Wohnung, 1 Stube, 1 Schlafstube und Vorplatz 64 Nr.
Düsterer Euerstraße 15.

Ein großes leeres Zimmer
zu vermieten
Regienstraße 53, I.

Zufällig noch eine kleine freundliche Wohnung per 1. October oder 1. November zu vermieten. Näheres Falkenstraße 12.

Gesucht zum 1. October für kleinen Hausstand ein junges ordentl. Dienstmädchen
Baderstraße 93.

Eine nachbaum lackirte Kommode
zu verkaufen, Preis 22 Mk. Elmwigstraße 34.

Wo werden Bücher eingebunden?
In der Buchbinderei von Ludwig Prösch,
Baderstraße 50, Gartengebäude

Billig zu verkaufen
1 unterhalt. eisener Vorsek-Ofen
Felsstraße 29, Högertthor.

Die Rechte u. Pflichten des Miethers.
20 Auflage. Preis 20 Pfg.
Von Richard Lipinski.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Ernst Umlandt
Königsstr. 129, Ecke Mühlenstr.
In großer Auswahl:
Normal-Herren-Hemden 88 Pfg. bis 7,50
Normal-Herren-Hosen 1,05 bis 5,75.
Damen-Jacken 48 Pfg. bis 4,20.
Alle Sorten
Kinder-Unterzeuge.
Corsetts in allen Weiten von 65 Pfg. bis 6,00.
Corsetts mit Spiralfedern von 1,50 an.
Damen-Glaser und Kinder-Glaser.
1 Posten Handtücher von 20 Pfg. an.
1 Posten Gardinen von 25 Pfg. an.
1 großer Posten weißleinen Tischgewänder mit kleinen Bescheiden ganz unter Preis.

Zur gefälligen Beachtung!
Die Preise für Schlachtvieh sind seit einem Jahre fast ununterbrochen gestiegen und hatten schon zu Anfang dieses Monats eine solche Höhe erreicht, dass auch die hiesigen Fleischer, der Noth gehorchend, mit einer, wenn auch nur geringen, Steigerung der Fleischpreise vorgehen mussten. Dass diese bescheidene Erhöhung der Verkaufspreise in durchaus keinem Verhältniss zu den enorm gestiegenen Einkaufspreisen steht, dürfte von Seiten des einsichtigen Publikums gewiss anerkannt werden. Sollten diese Einkaufspreise noch auf lange Zeit hinaus sich in derselben Höhe halten, oder gar, wie es leider den Anschein hat, noch weiter steigen, dann wird eine nochmalige Erhöhung der Fleischpreise leider unvermeidlich sein. Die Ursache dieser so ungewöhnlich hohen Viehpreise liegt nach Ansicht nicht nur der hiesigen Fleischerinnung, sondern auch der Ansicht des gesammten deutschen Fleischerstandes an dem Mangel von gutem Schlachtvieh im Inlande, und dieser wenigstens zur Zeit bestehenden Thatsache gegenüber wäre es dringend geboten im Interesse der Volksernährung, die Einfuhr ausländischen Schlachtviehes unter weniger erschwerenden Umständen wie bisher wieder zu gestatten.
Die Fleischer-Innung Lübecks.

Kronsbeeren täglich frisch.
Bergamottbirnen . . . Pfund 0,10 Mk.
Beurre de gris . . . „ 0,10 „
Tafelbirnen, verschiedene Sorten . . . „ 0,10 „
Tafeläpfel, „ „ 0,10-0,15 „
Kochäpfel „ 2 „ 0,15 Mk.
Kochbirnen . . . „ 0,05 „
Grossen festen Weisskohl.
Magnum bonum und Eierkartoffeln billigt.
Spethmann & Fischer
Baderstraße 59.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Monatsversammlung
am Donnerstag den 25. Septbr., Abends 7 1/2 Uhr, in der Banhölle.
Tagungsordn.: 1. Feststellung des Winterprogramms. 2. Bericht d. Vereins.
Sonntag den 28. September: Spezierringang in die Balingen Gräbe. Abends 7 1/2 Uhr Rollschuhlauf.
Zu verkaufen ein nach ganz deutschem Damen-Winter-Jackett.
Königsstr. 65, part.
Berlones 1 Redaktions-Büro
von Schönewald bis Fiedlerstr.
Hauptstr. Schönewald 21.

Vorschuss- u. Spar-Verein
Zur Erleichterung des Verkehrs mit den Einlegern sind folgende Annahmestellen eingerichtet: bei:
Hörsingstr. Allee 2c, Herrn H. Düster, St. Lorenz-Apothek.
Schwanen Allee 31, Heiner J. Uter.
Grosser Allee 126, J. C. Uter.
Baderstraße 5c, A. J. H. Fick.
Kochstraße 16, H. H. C. Schmedtto, St. Gertrud-Apothek.
Südb., den 22. September 1902.
Der Vorstand.
Täglich frisch geräucherter
Büßlinge
Fischzucht
Johs. Wolter
Marlesgrube 65.

Koch's Möbelhaus
— Marlesgrube 45 —
größtes, billigstes Möbelgeschäft, hat jetzt ganz besonders viele komplette Ausstattungen vorräthig, welche zur freien Besichtigung ausgestellt sind.
Plüschgarnituren (Sopha u. 4 Polster) 75 Mk.
Sophas mit allen verschied. Bezügen von 25 Mk. an
Verstohlb., hochleganter Aufsatz, nur 25, 30, 33, 35, 38 Mk.
Sophas, 2 säulig, Antoinette (Partie) 10 und 12 Mk.
Spiegelschränke, elegant, und 1 hoher Spiegel zusammen nur 20 Mk.
Kleiderschränke mit feinem Aufsatz, 20, 22 u. 25 Mk.
Küchenschränke, 1 thür. 10, 2 thür. 12 und 14 Mk.
Küchenschränke mit hohem Glasaufsatz 22,50 und 24 Mk.
Bettstellen, 1 schl. 11 u. 12, 2 schl. 14 u. 16 Mk.
Kommodes, sehr hübsch mit Plaster u. Konsolen, 17, 18, 19 Mk.
Nohrstühle, sehr stark nur 2,75, 3,00 u. 3,25 Mk.
Tische, zu den anderen Möbeln passend, 7, 8, 9 Mk.
Bevor Sie anderswo fest kaufen, besuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse obige Möbel und fordern vorher 1 neues Musterbuch mit über 100 Abbildungen und Preisen, welche frei abgegeben und zugesandt werden, aus
Koch's Möbelhaus, Marlesgrube 45.

Neu eingetroffen:
Hängelampen,
Kronlampen,
Tischlampen,
Kücheln
und Küchen-Lampen
zu noch
nie dagewesenen billigen
Preisen.
Für prima Brenner wird
garantirt.
H. Gröper
Wengstraße 18 und
Kupferstrichstraße 11.

Quartettverein Amicitia.
Gesellschafts-Abend
am Sonntag d. 28. September
im Concordia-Garten (Herrn Frahm).
Anfang 7 Uhr. Einführung gestattet.
Der Vorstand

Panorama
(Fittale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt:
Schweiz.
Ansicht von Schaffhausen bis zum Genfer See.
Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet.
Entre 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.
Wo amüsirt man sich?
Im gemütlichen

Apollo Theater
(Fünshausen).
Heinr. Kalberg's höchstinteressantes
Elite-Spezialitäten-Programm.
Anfang der Vorstellung präzis 8 Uhr.
Billige Vereins-Billets im Vereinshaus.

Circus Variété
Reiterkrug.
Das großartige
Eröffnungsprogramm
Anfang präz. 8 Uhr. Kaffeeöffn. 7 Uhr.
Vorverkauf an den bekannten Stellen bis
Abends 6 Uhr und an der Circuskasse
von 11-1 Uhr Morgens.

Die rote Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten.“)

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, 19. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagsführung.

Ehe in den nächsten Punkt der Tagesordnung eingetreten wird, berichtet Meister Hannover Namens der Kontrollkommission über die Beschwerde des Korrektors Bieth vom „Vorwärts“ wegen seiner Kündigung. Die Kontrollkommission sei der Ansicht, daß nur zu bedauern sei, daß die Kündigung Bieths nicht schon vor 6 oder 7 Jahren erfolgt sei. Die Kündigung mußte erfolgen, weil das Verhältnis zwischen Bieth und seinen Kollegen unheilbar war. Die Kontrollkommission bittet, die Beschwerde Bieths abzulehnen. Der Parteitag beschließt ohne Diskussion demgemäß.

Es folgt der Punkt: „Die Kommenden Reichstagswahlen.“ Vom Referenten Rebel liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei den künftigen allgemeinen Reichstagswahlen in allen Wahlkreisen, in denen Parteigewissen sich befinden, eigene Kandidaten anzustellen; dort, wo es noch möglich erscheint, schleunigst die Organisation in den Wahlkreisen anzubahnen und vor allem auch auf die Beschaffung der üblichen Geldmittel Bedacht zu sein.

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten sich beteiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der sich bereit erklärt, im Falle seiner Wahl:

1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts,
2. gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel,
3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung,
4. gegen jede Ausnahmegegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert,

einzutreten.

Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenhaltung zu verkünden.

Rebel führt aus: Die Legislaturperiode des Reichstages endet am 16. Juni des nächsten Jahres. Zweifelsfrei kann nur sein, ob die Wahlen sofort am 16. Juni oder später erfolgen werden. Ich meine, die Regierung kann keinen langen Zwischenraum zwischen Ende des Reichstags und den Neuwahlen lassen. Dazu ist das Bestehen der Pflanzstätten nicht angetan. Wir können wohl damit rechnen, daß im Juni die Neuwahlen stattfinden werden, wenn nicht schon früher, was mir nicht ausgeschlossen erscheint, eine Auflösung des Reichstages erfolgt. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien und Regierung sind nur befreit, Fragen, die Erregung in die Massen bringen, nicht zur Wahlparole werden zu lassen. Der Zolltarif soll deshalb vor den Wahlen aus der Welt geschafft werden. Hier scheint allerdings ein großer Teil der Wähler nicht mitzumachen zu wollen. Die ausgewählten agrarischen Massen wollen eine Entscheidung über den Zolltarif erst nach den Wahlen haben. Sie wollen für die Noth der Landwirtschaft demonstrieren, die ich bis zu einem gewissen Grade anerkenne, in der behaupteten Größe aber bestrafe. Die sämtlichen landwirtschaftlichen Vereinigungen sind einig, auch im Zentrum. Die christlichen Bauernvereine am Rhein haben noch höhere Zollforderungen gestellt, wie der süddeutsche Bauernbund. Es zeigt sich, daß es keine brutalen und bornierten Leute giebt, als unsere Agrarier oder Schattirangen. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Gegensatz zwischen Stadt und Land künstlich immer mehr zu erweitern. Im Zentrum lassen sich die Gegensätze auch auf die Dauer nicht mehr verleiern, ein Teil seiner Arbeiteranhänger hat bereits Protest eingelegt gegen seine Politik. Ich hoffe, daß das Zentrum die Kräfte nicht übersteht, sondern bei dieser Gelegenheit einige große Brocken aus dem Zentrumsthum abgebrockelt werden. Das Zentrum heißt mit Hilfe der Geistlichen, der Presse und der Unternehmern wenigstens die Arbeiter zu halten, aber mit den Bauern ist das etwas anders. Er ist nur solange für die Kirche zu haben, als sie seine Interessen vertritt, daher wenden sich die Zentrumsbauern heute viel mehr dem Bund der Landwirthe zu. Es ist also zu er-

warten, daß wir eine große Agrarpartei im Reichstage bekommen. Nach dem Zeitungsbereichten ist in den letzten Verhandlungen des Zentrums einstimmig beschlossen worden, an den Forderungen der Kommissionen festzuhalten. Das schafft eine sehr klare Situation. Die Regierung hat sich wiederholt sehr scharf gegen jede Erhöhung über den Regierungsetat hinaus erklärt, sie muß dies auch, wenn sie nicht das Zustandekommen von Handelsverträgen überhaupt unmöglich machen will. Wir werden ja auch den ursprünglichen Entwurf als eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft auf die Schärfe bekämpfen. Aber dieser Entwurf ist in der Kommission noch bedeutend verschlechtert, in einer Weise, daß auch die Regierung, wenn sie nicht Selbstmord treiben will, sich nie dafür erklären kann. Heute bezogt kein Volk theater sein Brod und sein Fleisch, als das deutsche. Daher muß das Volk Gelegenheit bekommen, selbst sein Urtheil über den Tarif zu sprechen, wenn wir das nicht ermöglichen, würden wir Verrath an unseren Wählern üben. (Sehr richtig!) Wie wir das im Reichstag machen werden, darüber haben wir hier ja nicht zu reden, daß wir es aber fertig bringen, wenn wir wollen, darüber ist gar kein Zweifel (Heiterkeit und Beifall) Wir müssen auch mit der Möglichkeit rechnen, daß der Reichstag bald nach seinem Zusammenbruch aufgelöst wird. Lebten wir in einem konstitutionellen Staat, so könnten wir sogar mit Bestimmtheit darauf rechnen. Günstig für uns ist ferner, daß auch gerade jetzt noch die Fleischnoth hinzukommt. Die Sozialdemokratie hat ja bekanntlich immer Schweineglück. (Heiterkeit.) Die Fleischnoth mußte kommen, denn unsere Agrarier sind unter den heutigen Verhältnissen unfähig, den Fleischbedarf des Volkes zu decken, zumal bei der gewaltigen Bevölkerungszunahme; sie wußten es aber andererseits zu erreichen, daß die Speiseregeln auf dem Verwaltungsweg und durch das Fleischbeschaugesetz auf die Spitze getrieben wurden. Der große Verbrauch von amerikanischen Corned beef und anderen Fleischwaren hört mit dem 1. April auf, also die Fleischnoth wird noch viel schlimmer werden. Während die Vertierung des Brodes wesentlich den Arbeiter trifft, werden durch die Fleischtheuerung auch die Speisebürger rebellisch gemacht. Wir können uns dieses Moment recht gut gefallen lassen. Ich begreife nur nicht, daß die Regierung ruhig zuseht. Es bleibt ewig wahr, das Wort Dreyhaars: Du weißt gar nicht, mit wie wenig Bestand die Welt regiert wird. Hier könnte ohne grundhitzende Maßregeln Abhilfe geschaffen werden durch die Öffnung der Grenzen. Man sagt, das ausländische Fleisch ist ungesund. Die Engländer, Schweizer u. gen. essen dieses Fleisch in großen Mengen und leiden nicht an ihrer Gesundheit, ebensoviele wie unsere Marineoffiziere, die sich bei dem Genuß amerikanischen Fetteisches sehr wohl befinden. Ein bedenklisches Geschäft bekommen die Versicherungswahrgesetze in Rücksicht auf unsere internationalen handelspolitischen Beziehungen. Das Ausland wird auf unsere Zollherabsetzungen der Lebensmittel mit Repressalien bei den Industriegütern antworten. Das wird die jetzige Krise unserer Industrie noch wesentlich erhöhen. Wie sollen wir mit Rußland, der Schweiz, mit Oesterreich, vor allem mit Nordamerika in erträgliche handelspolitische Beziehungen kommen? Holland und Dänemark werden schwer betroffen, obwohl wir diesen Ländern mehr liefern, als sie uns. Das allein rechtfertigt, daß wir die künftigen Wahlen von den allerersten Gesichtspunkten aus ansehen müssen. Wir müssen bis zum letzten Mann unsere Schuldbüchlein thun unter Aufsicht unserer phyysischen und materiellen Kräfte bis zur äußersten Erschöpfung. Aber auch im laufenden letzten Abschnitt der Legislaturperiode stehen uns große Dinge bevor. Sie wissen, daß unsere Finanzverhältnisse außerordentlich schlecht sind. Die Einnahmen befinden sich allezeit in finanziellem Defizit, sie wissen ihr Defizit nicht zu decken. Wir wüßten ja freilich wie, aber wir haben in den Einzelstaaten nichts zu sagen und die bestehenden Klassen werden sich nicht selbst Steuern aufliegen, die sie vor allem belassen. (Sehr richtig!) Die Mehrheit des Reichstags — vor allem das Zentrum — müßte wegen Verschwendung unter Krampf gestellt werden (Heiterkeit), sie häuft Ausgaben auf Ausgaben, ohne für entsprechende Einnahmen zu sorgen. Unsere Schuldenlast ist in 14 Jahren, seit der Regierung unseres jetzt herrschenden Herrn da oben, von 800 auf 8000 Millionen angewachsen. Im vorigen Jahre mußte der Finanzminister über 50 Millionen freigeschrieben, der Reichstag frucht 25 Millionen, aber die kommen wieder und andere Forderungen dazu, so daß, wenn wir auch die erwarteten 190 Millionen aus dem Zolltarif bekämen, doch wieder ein Defizit zu erwarten wäre. Man bekommt wirklich keine Ahnung von der Dimension (Heiterkeit), eine dratige Wirtschaft war unter seinem Regime nicht möglich. Dazu kommt noch, daß die von den schweren Milliarden aus dem französischen Krieg erbobten Steuern nicht mehr taugen. Man ist reif, Reiz wird reifert, Festlegung und Polen werden rasier und neue Festlegungen müssen gebant werden. Das kostet viel Zeit und Geld und muß

durch den Reichstag gebant werden. Die neuen Gesetze sind bereits überholt durch die Schweizer und französischen Gesetze. Das ist eine Folge der Ueberreizung. Es giebt Stellen im deutschen Reich, die gar nicht warten können; wenn ihnen ein Gedanke kommt, muß er in der nächsten Stunde ausgeführt werden. (Heiterkeit.) Wir haben damals trotz unserer Vaterlandslosigkeit das militärische Geheimniß gewahrt. Heute ist es ein offenes Geheimniß, daß die Artilleriebewaffnung nicht auf der Höhe ist, daß wir binnen Kurzem eine neue Artilleriebewaffnung bekommen werden. Eine neue Kavallerievorlage steht in Aussicht, obwohl wir eine Verminderung für das Reichthum hatten. Die Kavallerie ist die vornehmste Waffe und unser hoher Herr ist ein besonderer Freund der Kavallerie. Das sehen wir aus den schönen Kavallerieattaken bei den Manövern. Wäre es solche Attaken im Krieg, kein Mann und kein Pferd bliebe dabei lebendig. (Beifall) Auch bei den letzten Manövern bei Frankfurt a. O. gab es solche Attaken. Ein englischer General hat gesagt: „Sehr schön, aber nicht für den Krieg!“ Ich sage, werden im Ernstfalle solche Attaken gemacht, wir erleben ein militärisches Debacle, gegen das das französische Debacé ein Kinderpiel war. So darf nicht gekämpft werden, das ist die allgemeine Ueberzeugung. Trotzdem aber wird die junge Kavallerie kommen. Man hat ja zuu bei Mainz auch Manöver nach Parunmanier ein geführt. Das würde im Ernstfalle eine ganz neue Art der Bewaffnung erfordern. Ein General hat es ganz offen ausgesprochen, die militärische Romantik der schönen blauen Uniform muß fort. Würde das geschehen, so würde es eine große einmalige Ausgabe für die neue Art der Bewaffnung, aber im Grunde doch eine gewaltige Ersparniß bedeuten. — Dazu kommt weiter, daß die Militärreform vorbereitet werden sollen, das würde wieder eine Millionenbelastung bedeuten. Alles das tritt im Laufe der nächsten Jahre als Zunahme zu den Staatsausgaben hinzu. Dann weiter die Marine, die in Folge der geradezu skandalösen Haltung des Zentrums in der Flottenfrage, eine Haltung, wie sie bisher in der parlamentarischen Geschichte unehört war, eine so große Bedeutung erlangt hat, verdrängt immer weitere Millionen. Ich erinnere an den bekannten Leipziger Fall. Auch die Auslandsflotte wird erhöht werden noch dem Spaziergange nach Chir a. Der Handel in der Kolonie Kiautschow hat absonst nicht die Erwartungen erfüllt. Wie ist es denn mit unserer Weltpolitik? Unsere große Flotte kann sich ja nur gegen England richten, wenn auch die neuesten Ereignisse, die Einladung der englischen Generale, Dekorierung des Vord Roberts das Gegentheil zu beweisen scheinen. Ganz klar wird aber die Situation durch das Telegramm des Kaisers an den Jaren beleuchtet. „Der Admiral des Atlantischen Ozeans dem Admiral des Stillen Ozeans.“ Mit einem Federstrich wird hier die größte Seemacht Englands zu Gunsten der zukünftigen ersten Seemacht einfach beiseite, und ebenso Amerika. Ich sage, wären wir nicht in Europa, wo die Verantwortung eines Krieges so groß ist, die Folgen eines Krieges unvorstellbar sind, solche Dinge wären geeignet, die größten politischen Verwicklungen herbeizuführen. Im Reichstag werden wir auch darüber ein ernstes Wort reden müssen. Freilich, vorläufig lassen sich die entscheidenden Stellen weder dreierden noch irren machen. Unsere Kolonialpolitik hat sich schlechter entwickelt, als ich, der größte Befürworter, für möglich gehalten habe. Unsere Kolonialpolitik ist eine Debacle geworden, das sagt selbst Dr. Peters. Wir ziehen aus unseren Kolonien nicht den mindbesten Nutzen. Mit der Kulturträger ist es auch so eine Sache. Wir wollen nach China moderne Anschauungen tragen, dabei sind wir chinefischer als die Chinesen. Der Fall Lüning hat es gezeigt. (Sehr richtig!) Große Aufgaben bleiben zu erfüllen. Wir wissen, was Alles auf sozialpolitischem Gebiete noch thut. Wir haben darüber gefreut gesprochen. Wir fordern den Achtstunden Tag, hierzu gehen wir er noch nicht. Ich würde es für einen großen Fortschritt halten, wenn wir das Prinzip der gesetzlichen Festlegung des Normalarbeitstages zur Anerkennung bringen könnten. (Sehr richtig!) Wir werden die Militärreformhandlungen, die gegen die Arbeiter gerichteten richterlichen Urtheile mit aller Schärfe bekämpfen müssen. An viele andere Dinge ist eine ansehnliche Kritik zu äußern. Für alle diese Thätigkeit ist eine zahlreiche Agitation durchaus notwendig. Daher müssen wir jetzt ungeduldrig, ohne einen Tag zu zögern, an die Wahlorganisation und vor allem an die Wahlorganisation gehen. (Sehr richtig!) Wir müssen Vereine gründen, Verbindungen schließen, Vertretungskomitees, die bei der Wahl die Verbindung für die Agitation bilden. Wir müssen Selbstmattungen betreiben. Achtet nicht auf die große Kriesskaffe in Berlin. Sie ist, wie Ihr gehört habt, nicht groß. Es kann bei den Geldausgaben zu den Wahlen viel parlamentar amgegangen werden als bisher. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht vergessen, bei Gelegenheit des Wahlkampfes die Organisationen und vor allem die Presse zu stärken. Es würde sonderbar zugehen, wenn wir nicht hundert- bis zweihunderttausend neue Abonnenten

Leib Weihnachtskuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

31. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Sie schriern deshalb doch zunächst alle wild durcheinander, da Willcutt jedoch fortfuhr, sie mit gekreuzten Armen und lächelnd zu messen, so wurden sie unwillkürlich stiller und hoben endlich den Richter vor. „Gnädigster!“ schluchzte Harastin, „es ist wegen der Gulden — der Gründe wollte ich sagen. Ist denn unser Boden für das eiserne Pferd nicht mindestens ebenso gut, wie der des Polen?“

„Besser.“ erwiderte der Beamte treuherzig. „Es ist Ackerboden; wir nehmen womöglich Heideband, das sonst zu nichts taugt. Für den Preis, den wir bezahlen, können wir guten Boden nicht fordern. Seht doch selbst, wie der Weg jetzt gelegt ist!“ Sie folgten der Richtung seiner Hand und sahen sich verblüfft an; in der That war es größtentheils unfruchtbarer Boden, wo die Pfähle steckten. Nur einer, der die Dausfrie schmunzelte schlau vor sich hin. „Verzeih, Gnädigster!“ sagte er, „sich geht's ja auch nicht an, aber wenn es schlechter Boden sein muß, den hätten wir Bauern auch!“ — „Natürlich,“ fielen einige ein, „so schlechten Boden, als Ihr wollt! Warum wird er nur dem Polen abgekauft?“

Der Beamte wechselte die Farbe; das war ein kritischer Augenblick. So versuchte er es mit einem Scherzwort. „Aber so bedenkt doch, ihr Leute!“ sagte er, „das eiserne Pferd kann nicht hin und her taumeln, wie einer von uns braven Bauern, wenn er seinen Durst gestillt hat. Ihm muß der Weg hübsch vorzüglich ausgehakt werden. Die Herren hier“ — er deutete auf die Ingenieure — „waren schon vor einigen Monaten in dieser Gegend, und dann

haben sie auf der Karte den Strich gezogen, und nun sind wir da, den Weg abzustrecken und die Ablösungen vorzunehmen. Rämlich — weil es eilt —“

Das war abermals nicht gut. „Spare deine Worte,“ unterbrach ihn Dausfrie mit spöttischem Lächeln. „Wäre die Sache wirklich mit Ueberlegung gemacht, so hätten die Herren sich erkundigt, wo die Schmiehe liegt — verfehlt du, Gnädigster?! — wo die liegt!“

„Warum?“ fragte der Beamte.

„Aber wer anders kann hier im Dorfe das eiserne Pferd ausbessern als ich!“ rief der Schmied.

„Hahaha!“ brach Herr Willcutt los, und die Diener der Kommission stimmten ein. Das klang so laut und herzlich, daß die Bauern zunächst verblüfft dreinsahen und dann verlegen mitlächelten.

„D, du Weiser!“ rief der Richter endlich und wischte sich die Thränen aus den Augen, „auf dich haben wir gebaut! . . . Das eiserne Pferd kann ja hundert Meilen laufen, ohne anzuhalten, und bleibt gesund und bei Athem, denn es ist von Eisen, Dausfrie! Verstehst du, von Eisen!“

Und wieder lachte er schallend los, denn er jubelte, wie viel es auf diesen Augenblick ankam. In der That stimmten nun die Bauern ein, und der Beamte benutzte die gute Stimmung. „Leute!“ rief er treuherzig, „ein Aufseher belügt den andern nicht! Ich schwöre euch, der Weg ist nur aus dem Grunde so und nicht anders bestimmt, damit das Pferd rasch und sicher durch euer Dorf rennen kann. Denn läuft es langsam, dann sinkt es wie die Pest, und purzelt es um, so bleibt auf drei Meilen im Umkreis kein Stein auf dem anderen! Aber ebenso schwöre ich euch: es werden heute auch Grundstücke eingelöst, welche Bauern gehören!“

„Welche denn?“ fragten die Leute, nicht mehr mißtrauisch, nur noch neugierig.

Der Beamte zog eine pfiffige Miene. „Unverwartete

Freude ist doppelte Freude.“ sagte er. „Weilt doch herr, Bewattern, und seht uns zu!“

Das thaten die Bauern eine Weile, aber da es auf der Heide nichts zu trinken gab, so zog einer nach dem andern ab und zur Schänke; als die Herren zum Mittagessen in den Gutshof gingen, folgten auch die Hartnäckigsten ihren Genossen, und als die Kommission die Arbeit wieder aufnahm, war sie wieder so ungeführt, wie sie es nur irgend wünschen konnte. Als die Herren am Nachmittag gegen die vierte Stunde einen der Bauern wirklich brachten, mußten sie ihn erst durch die Gerichtsdienere holen lassen und hatten lange zu warten, bis er vor ihnen erschien. Das war nicht seine Schuld, der gute Szymko Proza wollte gern kommen, die Gulden des Kaisers einzustreichen, nur trugen ihn seine Füße nicht mehr. Die Diener mußten ihn vor die Kommission schleppen; wer noch gehen konnte, gab ihm das Geleit.

Aber die Neugierde sollte geringe Befriedigung finden. Der Bezirksrichter fragte den Drunkenen, ob er einen Streifen seines Acker für die Eisenbahn abtreten wolle. „Ja!“ grüßte der Szymko, „aber die Gulden —“ „Natürlich,“ war die Antwort, „aber wie viel?“ — „Funder Gulden die Quadratlast,“ war die Antwort, „oder zehn — oder tausend.“ Er wußte nicht mehr, was vorher beschlossen worden. — „Schön,“ war die Antwort, „so sagt uns in den nächsten Tagen Euren Preis. Und werden wir nicht einig, so sollen Schiedsrichter entscheiden!“ Und die Pfähle wurden über den Acker des Szymko gesetzt, gegen den Hofgarten des Janko zu.

Die wenigen Zuschauer, die noch ihrer Sinne mächtig waren, sahen dies mit Groll und Neid. Dem „Geiztragen, dem „Dachmäuser, dem „häßlichen Töpel“ gönnten sie das Glück, ein Geschäft mit dem Herrn Kaiser zu machen, fast noch weniger als den Polen. Hohnlächelnd betrachteten sie, wie der Beamte den Auftrag gab, nunmehr den Janko Proza aus der Schänke zu holen. „Der Lump,“

für unsere Presse gewinnen. (Bravo!) Daß wir kein Bündnis bei den Wahlen schließen, versteht sich von selbst. Wir treten selbstständig auf, auch wo wir nicht 10 Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen wird es sich darum handeln: wen wählen wir von den in Frage stehenden Kandidaten? Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: der Kreis derjenigen, die wir unterstützen können, wird immer kleiner. Ein Zentrumskandidat kann für uns heute nicht mehr in Betracht kommen. Es bleibt die Frage, ob wir noch jeden Freisinniger oder süddeutschen Volksparteiler bei den Stichwahlen unterstützen können. Wir hätten eine kleine Bufferpartei ganz gerne zwischen uns und den Reaktionsären, aber die Liberalen geben sich selbst auf. Deshalb habe ich mich bei den Ausprüchen sehr beschämt und in meine Resolution nur die notwendigsten Forderungen aufgestellt. Ich bitte Sie dringend, den Kreis der Forderungen nicht mehr zu erweitern, wir könnten sonst überhaupt bei den Stichwahlen nicht mehr wählen. Parteienkonkurrenz! Wenn ihr angeht, dieser Lage der Dinge eure Aufgabe richtig verfolgt, dann seid ihr die Macht, die hämmert auf das alte, verstaubte Ding, den Staat, ihr, die von Gottes Gnade seid das Proletariat; schließt die Reihen. Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! (Stürmischer Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.
(Die Fortsetzung des Berichtes befindet sich im Hauptblatte. Die Red.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Alle Rutscher und Arbeiter der sämtlichen Expeditionsgeschäfte in Bamberg sind in den Ausstand eingetreten. Sie verlangen Lohnserhöhung und Bezahlung der Ueberstunden. — In mehreren Webereien in Coesfeld (Westfalen) sind Arbeiter, die dem Arbeiteranschuß angehören, aus wichtigen Gründen gekündigt worden. Die in den betreffenden Fabriken beschäftigten Weber halten das für eine Maßregelung. Sie beschloßen deshalb, insgesamt die Arbeit niederzulegen, falls die Firmen die Kündigungen nicht zurücknehmen. — Seit fünfzig Tagen befinden sich, wie dem Werner „Bund“ berichtet wird, die Weber der Fabriken Fossati in Monza (Italien) in Ausstand und eine Beilegung des Streiks ist bis jetzt nicht möglich gewesen. Die übrigen Fabrikanten haben nun mit Fossati gemeinsame Sache gemacht und veröffentlicht ein Manifest, demzufolge vom Donnerstag an alle Webereien geschlossen werden. Damit sind 4000 Arbeiter ausgeperrt.

Eine große Spinnerei auf genossenschaftlicher Grundlage wollen die Center Sozialisten unter Anseele's Leitung begründen.

Aus Nah und Fern.

Wegen Uebertretung der Polizeistunde verhandelte das Schöffengericht in Danzig gegen Frau Berger, die Inhaberin des dortigen Parteilokals. Besamntlich hatte der Polizeipräsident die Polizeistunde für das Parteilokal auf 8 Uhr festgesetzt. Dieselbe war auch strikte innegehalten worden, jedoch hatten die Gewerkschaften, die das Lokal nach 9 Uhr abends von den Bäckern, den Genossen Sellin und Hahn, gemiethet hatten, ihre Vereinsversammlungen an einigen Tagen abgehalten. Wegen dieser Uebertretung der Polizeistunde war ein ganzer Mattentag von Strafbesehlen gegen Frau Berger erlassen worden, gegen welche diese gerichtliche Entscheidung anrief. Es handelte sich für diesmal um 8 Fälle. Das Gericht erkannte nach einer kurzen Verhandlung auf 240 Mark Geldstrafe oder acht Wochen Haft, damit noch wesentlich über die in den Strafmandaten ausgesprochene Strafe hinausgehend. Begründet wurde das Urtheil, wie mehrere Blätter übereinstimmend berichten, nicht, obwohl die Strafprozessordnung die Verkündung der Urtheilsgründe vorschreibt. Der vorsitzende Amtsrichter heißt Dreßschmidt!

Eine ganze Gemeinde gepfändet. Es dürfte wohl selten vorkommen, daß die Mitglieder einer ganzen Gemeinde gepfändet werden, wie gegenwärtig in Scheibsdorf (Schlesien). Es handelte sich um die zwangsweise Beitreibung der Reichgebühren, wobei zur Pfändung von Nähmaschinen, Küchengeräten, Schweinen u. s. w. geschritten werden mußte. Nehuliches fand bereits in der vorletzten Woche in Dognau und Schmöwitz statt.

Ein schönes Bild von der Sittlichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die in Dresden erscheint, kann man lesen: Aus den besseren Kreisen ist ein großer Theil der wegen Untreue der Verheirateten vor das Gericht zitierten Frauen und Mädchen nun ja bereits abgemittelt. Die

anderen — und zwar die schweren — Fälle werden in der demnächst beginnenden Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung kommen. Wie auswärtigen bürgerlichen Blättern gemeldet wird, werden immer noch weitere Schuldige ermittelt und Verhaftungen vorgenommen. Unter den bisher schon Verurtheilten befindet sich unter anderen die Frau eines Schuldirektors, während die Frau eines angesehenen sächsischen Volksvertreters an den Folgen der mit ihr vorgenommenen Wachsenschaften starb. Die noch jugendliche Tochter eines Oekonomieraths und Mitgliedes der konservativen Partei im sächsischen Landtage endete im Gefängniß freiwillig ihr Leben!

Meider Fängerlegen. Ein mit Kindern gesegneter Vater ist der Bäckermeister G. E. in Bernsbach i. Erzgr., den seine Ehefrau innerhalb dreier Jahre jetzt zum drittenmal mit Zwillingen beschenkt. Mutter und Kinder befinden sich wohl.

Ein Kulturbild aus dem 20. Jahrhundert. Wie wir bereits vor einiger Zeit mitgetheilt haben, vertrieb in Spandau eine Frau Graf seit Jahr und Tag einen „Männer-Anziehungstrank“, der bewirken sollte, daß Männer und Bräutigams treu blieben und die Schlafsuchenden nicht die Wohnung kündigten. Die Flasche dieses Geheimmittels kostete je nach Größe und Kraft des Inhalts 1 Mk. 50 Pf. bis 2 Mk. 50 Pf. Der Trank fand unter den Arbeiterfrauen von Spandau und der Umgebung leider viele Abnehmerinnen. Wegen dieses Treibens stand Frau Graf am Freitag vor Gericht. Die Kriminalpolizei ist nur durch einen Zufall hinter den Handel gekommen; keine von den Käuferinnen hatte eine Anzeige gegen die Händlerin erstattet, und es war von der Behörde nicht leicht, das nöthige Beweismaterial zu einer Betrugsanlage gegen die Verkäuferin des „Zaubertranks“ herbeizuschaffen. Die Angeklagte, eine mit schwerem Fuchthausstrafen vorbestrafte Person, erklärte im Verhandlungstermin, daß sie selbst an die Wirkung des Tranks glaube, sie habe ihn an ihrem eigenen Manne erprobt. Auch eine Zeugin erklärte, daß sie damit den beschriebenen Zweck erreicht habe. Die Zusammensetzung des Tranks, den die Angeklagte von einer verstorbenen Freundin erhalten haben will, konnte nicht genau festgestellt werden: die Angeklagte bewahrt die Mischung als ihr Geheimniß. Der Gerichtshof verurtheilte sie wegen Betruges zu drei Monaten Gefängniß. — Die entlastende Aussage der Zeugin beweist, was für Verwüfungen die Gesundheitsbetriebe und der damit verknüpfte überflüssige Humbog in beschränkten Köpfen anrichten können. Das Gesundheitsmittel, das „Blumenmedium“ Anna Rothke, die „Zaubertrank“-Mischerin Graf — sie alle wachsen auf einem Nährboden, der von der bildungsfeindlichen, den Wunderglauben fördernden Orthodogie kräftig beackert wird.

Der Anstand der Bäckermeister. „Bleibe im Lande und nähere dich reblich“, so meinten die Bäckermeister in Teigt i. W., und so riefen sie dem Gesellen des Bäckermeisters Unruh aus Münster zu, als dieser im Februar d. J. Teigt wieder mit einer Fuhrer Brod beglücken wollte. Sie empfingen das Fuhrwerk mit einer Musikbande: Drehsorgel, Trommel, Pfeife und Pauke, geleiteten es von Haus zu Haus und suchten den Gesellen auf alle mögliche Art an der Ausübung seines Geschäftes zu hindern. Als dieser sich nicht mehr zu helfen wußte, rief er seinen Meister aus Münster herbei, der denn auch bald anlangte und nun ebenfalls mit Musik von Haus zu Haus begleitet wurde; dabei flogen ihm Brodchen, Apfelsinen und dergleichen Geschenke nach so um den Kopf herum, und die Kunden, denen er seine Waaren anbot, erhielten von den Teigter Bäckern Brod, Apfelsinen und sogar Geld geschenkt. Für die Einwohner war der tolle Anzug ein anziehendes Schauspiel, und Kopf an Kopf drängte sich die Menge, so daß die Polizei vollkommen machtlos war. Die Haupttrabelführer, Bäckermeister Sudholt, Zuckert, Busch und der Geselle Geveler, die von Polizei wegen bereits mit einer Geldstrafe von 15 Mk. bedacht waren, standen dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Münster. Das Urtheil lautete für jeden der Angeklagten auf 60 Mark Geldstrafe. Ob wohl das Urtheil ebenso milde ausgefallen wäre, wenn an der Stelle der Bäckermeister streikende Arbeiter gestanden hätten, die sich auf ähnliche Weise der Streikbrecher hätten erwehren wollen? Wir fürchten, daß man für diesen Fall sofort an Landfriedensbruch gedacht hätte.

Eine vernünftige Ausstellung. Im Expeditionslokale der „Fürther Bürgerzeitung“ hatte der Redakteur unseres Parteiblattes, Genosse Daint, eine Knödelausstellung ver-

anstaltet. Ein „Verbrecher“ beschwerte sich nämlich bei der Redaktion über das schlechte Essen in der „Staatspension Katharinenloster“, zu Fürth und brachte als corpus delicti einen steinharten, ekelhaft riechenden Knödel mit, der dem „Verbrecher“ an seinem Entlassungstage vorgelegt worden war. Die Ausstellung wurde in der „Fürther Zeitung“ aufgeschrieben und erregte sich des regen Interesses der Bevölkerung. Trotzdem verneinte aber wunderbarer Weise die Staatsanwaltschaft die Bedürfnisfrage für diese „Knödelausstellung“ und sandte einen Wachtmeister in das Expeditionslokal, um die „Ausstellung“ als beendet zu erklären und um freundliche Ueberlassung des kgl. bayerischen Gefängnißknöbels zu bitten.

Der Kampf um den Nordpol. Ueber seine Reiseerlebnisse theilte der speden zurückgekehrte Eberdrup mit, daß seine Expedition in den von ihr besuchten Gegenden auf Eskimos nicht gestoßen sei, dagegen viele Wohnplätze von solchen aus früheren Zeitperioden getroffen habe. Der „Fram“ führt viele Gegenstände von diesen Wohnplätzen mit. Der norwegische Professor Ingvar Nielsen meint dazu, es sei nach den Beobachtungen von den vorzeitlichen Eskimowohnstätten sicher, daß in dem großen arktischen Archipel in verhältnißmäßig nahe zurückliegender Zeit eine Zurückziehung der nördlichen Grenze für die Lebensfähigkeit des Menschen eingetreten sei, woraus man weitere Schlüsse über die Eisverhältnisse ziehen könne, da die Lebensverhältnisse der Eskimos ganz von den Eisverhältnissen abhängen. Weiter berichtet Eberdrup: Ich lag den Winter 1898/99 bei Ellsmereländ im Winterquartier, wo ich verschiedene wissenschaftliche Reisen zu Schlitzen unternahm. Der Sommer 1899 war ungünstig. Der „Fram“ war gezwungen, in Ellesmereländ das Winterquartier aufzusuchen wo wir wieder Depots anlegten, Schlitzenreisen unternahmen, und große Theile der umliegenden Gegenden kartographirten. Im Mai des Jahres 1900 brach an Bord des „Fram“ ein großer Brand aus; das Schiffszelt wurde durch Schornsteinruß in Flammen gesetzt. Bei diesem Brande verbrannten paraffinirte Kajats und andere Gegenstände. Auch das Tafelwerk und die Masten wurden vom Feuer ergriffen. Der „Fram“ war dem Untergang nahe. Doch wurde das Feuer glücklich gelöscht. Im August 1900 dampften wir durch den Jonesund Cardiganstrait und bezogen die Winterquartiere auf 76° 48' nördlicher Breite und 89° westlicher Länge. Wir schossen viele Mothschnecken und unternahmen Schlitzenreisen. Die Gegend ist sehr reich an Renntieren und Polarwölfen. Von diesen haben wir zwei lebend mitgebracht. Der nächste Winter war kalt und stürmisch; die mittlere Temperatur betrug minus 45 Grad. Im Frühjahr und im Sommer 1901 und Anfang 1902 fanden wiederum Schlitzen-Expeditionen statt. Am 6. August gelang es dem „Fram“, vom Eise loszukommen. Wir trafen in Godhavn am 18. August ein, verließen Kap Farewell am 28. August und trafen in Stavanger am 19. September ein. — Deutnant Peary, der bekanntlich ebenfalls dieser Tage von seiner Nordpolfahrt zurückgekehrt ist, erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Bureau Laffan“, daß es seiner Ueberzeugung nach zweifellos möglich sei, den Nordpol zu erreichen. Ein erfahrener Nordpol-Fahrer könnte sehr wohl zum Nordpol vordringen, wenn er seine Winterquartiere unter dem 83. Grade aufschlage, und entweder von Franz-Joseph-Land oder von Grönland aus die Reise antrete. Der Winter sei dort nicht strenger wie unter dem 63. und 73. Grad. Es seien in diesem Gebiet Bisams, Dachsen und Hasen reichlich vorhanden, die der Expedition genügend Fleischnahrung liefern würden. Die Fahrt zwischen dem 80. und 90. Grad sei nicht schwieriger als die zwischen dem 70. und 80. Wenn er (Peary selbst) unabhängig über die erforderlichen Mittel verfügen könnte, würde er seine Forschungen fortsetzen, bis er sein Ziel erreicht hätte. Er sei sicher, daß es ihm in einigen Jahren gelingen würde. Die alte Auffassung, das Polarmeer sei eine offene See, sei unbegründet. Ebenso sei es irrig, anzunehmen, der Nordpol sei von unbeweglichen, zusammenhängenden Eisfeldern umgeben. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß das Polarmeer von treibenden Eismassen bedeckt sei.

Großer Silberfund. In dem Rongsbjerg Silberbergwerk bei Christiania ist ein Silberklumpen gefunden worden, der mit dem Gestein 150 Kilogramm wiegt und gegen 100 Kilogramm Reinsilber ergeben wird.

ja gar nicht in der Schänke,“ riefen sie, „sondern auf seinem Acker.“

Der Beamte befiel ihn vor dorthin zu holen. „Ihr laßt ihn jagen,“ rief er den Gerichtsdienern nach, „welches Glück seiner harret, nur muß er sich spüten.“ Aber es währte lange, bis sie wiederkamen, und den Janko brachten sie nicht mit.

„Gnädigster“, berichteten sie, „das ist wirklich ein Löpel! Ich komme nicht,“ jagt er. „Nicht,“ jagt er, „geht nur eueres Pjersch nichts an und euch mein Garten nichts! Und wie wir ihm darauf zugeredet begannen, jagt er uns davon.“

Der Beamte war erstaunt; der Fall, daß jemand die Galben des Kaisers nicht haben wollte, war ihm noch nicht vorgekommen. „Ich lasse ihn beschlehen, herzukommen,“ gebot er dann. „Ist er nicht zur Stelle, so fieden wir den Weg ohne ihn ab.“

Diesmal legten die Gerichtsboten sehr rasch zurück. „Gnädigster“, berichteten sie, „das ist ja ein wildes Thier. Er ist todtenblau geworden, wie wir ihm beinahe Befehl ausgesprochen haben und hat vor Wuth geschrien. Dann ist er zwar hinter uns hergegangen, aber in seine Hütte, offenbar um sein Schwein zu holen... Wir müssen uns vorsetzen.“

Die Bauern drängten ungerathig heran. „Er hat ja gar kein Schwein“, trösteten sie. „Und wenn der Dudmanjer wirklich Streich anzufangen will, so prägen wir ihn mit Beispielen durch.“

Seine Nachbarn hatten recht, ein Schwein hatte der Janko nicht. Aber sein Weib; das hatte er geholt und eiferte nun an des Thieres, das aus seinem ungenährten Döpsel auf den Acker des Wirtes spähte. Dicht vor dem Thier hockte eben die Jagende und ihre Schlingen. Als sie den todthiesigen Mann mit der Fackel in der Hand erblickte, schrie sie laut. Der Janko sah über es; der

furchtbare Antritt von gestern hatte ihn jählings verwüstet; in dem verfallenen Geficht loderten die Augen in unsterker Wuth.

Auch dem Beamten ward es unbehaglich, dennoch trat er sofort pflichtgemäß vor. „Seid Ihr der Janko Wjgoda?“ fragte er. „Durch Euren Garten muß die Eisenbahn geführt werden.“

„Nein,“ erwiderte der Bauer schroff und finster, „da wird sie nicht hindurchgeführt. Sucht Euch einen anderen Weg.“

„Das können wir nicht,“ erwiderte der Beamte. „Nennt Euren Preis, es soll nicht Euer Schade sein.“

„Ich verkaufe nicht,“ war die Antwort. Sein Geficht wurde noch fahler. „Ich hab's geschworen — dies und noch etwas,“ sagte er murmelnd hinzu. „Und ich halte meinen Schwur!“

„Nun“, sagte der Beamte ungeduldig, bezwang sich aber wieder. „Nehmt Vernunft an; ich sehe hier in des Herrn Kaisers Namen und sage Euch: wir brauchen den Grund und nehmen ihn, auch gegen Euren Willen!“

„Ja, ja! Du Dudmanjer,“ riefen die Bauern. „Gehorche, sonst prägen wir dich durch!“

„Beruhigt“ erwiderte der Janko, stellte sich an einen Baum am Thüchlen so, daß er im Rücken gedeht war, und hob das Weib. Der Bezirksrichter bezwang den aufsteigenden Janko. Er spähte einem der Diener einen Befehl zu und tief dazu die Bauern barst an, den Mann nicht zu zeigen. „Ihr müßt doch einsehen,“ wandte er sich nun wieder in den jankstern Löwen an den Janko, „daß ich nicht anders kann. Versteht doch nur recht, was was es sich handelt. Die Eisenbahn ist für alle Menschen von Recht.“

Und er begann eine lange Rede über den Nutzen der Eisenbahn. Jankstern aber hatten sich die Gerichtsbienen

seinem Befehl gemäß ums Haus herum in den Garten und an den Janko herangeschlichen, ihn zu entwaffnen.

„Und dann, wenn Ihr z. B. nach Lemberg wollt,“ sagte der Beamte, „früher drei Tage — jetzt sechs Stunden.“

Das Wort stockte ihm; er schrie entsetzt auf. Der Janko hatte die Herantretenden nicht gewahrt, bis sie dicht hinter ihm standen. Da aber wandte er sich um und im nächsten Augenblick wälzte sich einer der Diener in seinem Blute am Boden. Der Wüthende hatte ihm mit dem Weib auf's Haupt geschlagen. „Kommt nur!“ schrie er außer sich. „Lebend betritt Niemand meinen Garten!“

Einen Augenblick standen alle starr. Aber im nächsten hatten sich zwanzig Leute zugleich auf den Einen gestürzt, Bauern, Gerichtsbienen, die Gehilfen der Ingenieure. Eine Minute später lag er geknebelt am Boden und sie traten auf ihm herum. Vielleicht wäre in dieser Stunde noch ein anderes und schwereres Verbrechen geschehen. Aber der Beamte warf sich dazwischen. „Zurück!“ befiel er. „Der Todtschläger gehört dem Gericht!“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 51. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

Der Trade Unions-Kongreß. — Von M. Beer. — Die Lebenshaltung der unteren Schichten der bairischen Landbevölkerung. Von Gustav Bang. — Rußland und Oekonomie. Von Kasimir v. Kellner-Krang. — Frauenliteratur. Von David Bach. — Literarische Rundschau: Neue Beiträge zur Wohnungsfrage. Von Henriette Fürth. — Notizen: Unfallverhütungskosten. — Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Engelmann. (Schluß.)